

P.b.b. – Erscheinungsort Graz
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz
GZ11Z038873
Retouren an Postfach 555 • 1008 Wien

AK 
www.akstmk.at

Nr. 11/Nov. 2014 | www.akstmk.at

ZAK

ZEITUNG DER KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE FÜR STEIERMARK

T IMMER WENIGER.



Umverteilen

Piketty und Wagenknecht über
Wege aus der Krise

Seiten 4/5

Mikrozinsen

Wie aus einem Sparbuch ein
Zahlbuch wird

Seite 5

Magermilch

Private Pensionsvorsorge ist ein
Verlustgeschäft.

Seiten 12/13

Mehr netto

ÖGB/AK-Modell schlägt Entlastung um sechs
Milliarden Euro und sechs Steuerstufen vor.

Seiten 2 bis 3

Foto: AK/Schön

ACard-Journal mit vielen Freizeit- und Kulturtipps als Beilage in der Zeitung

ZAK inhalt

Sechs Milliarden an Entlastungen gefordert

Das **ÖGB/AK-Entlastungsmodell** für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen sieht eine Entlastung von 6 Milliarden Euro vor: Der Eingangssteuersatz soll auf 25 Prozent sinken, der Höchststeuer-Satz erst ab 80.000 Euro greifen.

Hier die markanten Eckpunkte der Reform:

- mehr und flachere Steuerstufen
- Eingangssteuer 25 statt 36,5 Prozent
- Steuergutschrift für die, die keine Steuer zahlen, durch eine Erhöhung der Negativsteuer von 110 auf 450 Euro
- Anhebung des Arbeitnehmer- und Verkehrsabsatzbetrages auf 450 Euro
- Spitzensteuersatz erst auf Jahreseinkommen ab 80.000 Euro

In Summe macht die Entlastung 6 Milliarden Euro aus, wobei sich rund eine Milliarde durch die Konsum- und Konjunkturbelebung selbst finanziert. Zur Gegenfinanzierung der verbleibenden fünf Milliarden schlagen die ÖGB- und AK-Steuerexperten einen Mix aus Maßnahmen gegen den Steuerbetrug, mehr Verteilungsgerechtigkeit durch die Besteuerung hoher Vermögen, Erbschaften, Schenkung und Stiftungen sowie punktuelle Reformen vor.

Für AK-Präsident Josef Pessler ist das Steuermodell „ausgewogen und fair“, weil es allen ArbeitnehmerInnen etwas bringe und darüber hinaus ein Impuls sei, um die Wirtschaft durch höhere Konsumausgaben anzukurbeln. Mit dem Landesvorsitzenden des ÖGB, Horst Schachner, ist sich Pessler einig, dass rund 700.000 Unterschriften nicht ignoriert werden dürfen: „Eine spürbare Lohnsteuersenkung ist überfällig. Jetzt liegt es an der Regierung!“

Brutto monatlich	Lohnsteuer gesamt (jährlich)		Entlastung jährlich	Lohnsteuer verringert sich um ...
	bisher	ÖGB/AK- Modell		
1.000,00	-110,00	-450,00	340,00	
1.400,00	758,99	338,86	420,13	55,35 %
1.800,00	2.171,21	1.318,15	853,06	39,29 %
2.000,00	2.908,82	1.829,63	1.079,19	37,10 %
2.400,00	4.384,04	3.158,95	1.225,09	27,94 %
2.800,00	6.016,13	4.535,84	1.480,29	24,61 %
3.400,00	8.625,04	6.730,62	1.894,42	21,96 %
3.800,00	10.364,31	8.264,83	2.099,48	20,26 %
4.600,00	13.909,88	11.401,63	2.508,25	18,03 %
5.000,00	16.032,17	13.513,63	2.518,54	15,71 %

Beispiel 1

Verdienst brutto/Monat:	1.500 Euro
Lohnsteuer jährlich bisher:	1.132,29 Euro
Lohnsteuer nach ÖGB/AK-Modell:	597,72 Euro
Mehr netto im Jahr:	534,57 Euro

Beispiel 2

Verdienst brutto/Monat:	2.200 Euro
Lohnsteuer jährlich bisher:	3.646,43 Euro
Lohnsteuer nach ÖGB/AK-Modell:	2.470,50 Euro
Mehr netto im Jahr:	1.175,93 Euro

Kleinere Einkommen werden stärker entlastet, zeigen Berechnungen der ÖGB/AK-Experten. (Grafik:AK)



Insgesamt 550 steirische Betriebsräte reisten am 18. September nach Wien, um sich über das ÖGB/AK Steuermodell zu informieren. (AK Strmk)



Josef Pessler
AK-Präsident

KLIPP & KLAR

Mit den neuesten Konjunkturprognosen für Europa ist genau das eingetreten, wovor vernünftige Ökonomen gewarnt haben. Die Wirtschaftsflaute ist nicht nur in den sogenannten Krisenstaaten angekommen, sie greift auch auf die vermeintliche „Konjunktur-

FLAUTE

lokomotive“ über: also auf Deutschland, aber auch auf Österreich. Das hat zwei Hauptgründe: Da ist zum einen die verfehlte EU-Politik, den Fokus ohne Rücksicht auf Verluste auf die Staatsverschuldung zu legen. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, lautet eine Volksweisheit. „Spare in der Not“ ist hingegen keine gute Idee, weil damit eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird. Zum anderen wurde in den exportstarken Ländern viel zu wenig auf die Binnen- nachfrage geachtet. Wenn den ArbeitnehmerInnen immer weniger im Geldbörsel bleibt, müssen auch sie sparen: Und die Spirale dreht sich weiter. Genau deshalb ist die von AK und ÖGB geforderte rasche Lohnsteuersenkung unbedingt notwendig, um die Binnen- nachfrage anzukurbeln und damit die Abwärtsspirale zu stoppen.

Reform erst ab 2016 oder schrittweise?

Während **Gewerkschaft und Arbeiterkammer** auf eine rasche Umsetzung der Reform ab 2015 drängen, lässt sich die Regierung Zeit.

Bei der Klausur in Schladming wurde nur fixiert, dass das Steuerreform-Konzept am 17. März im Ministerrat beschlossen werden und im Juni der Sanktus im Parlament erfolgen soll. Ab wann die Bürger wirklich mehr Geld im Börserl haben werden, ist daher noch offen, zumal der neue Finanzminister eine Steuersenkung in mehreren Schritten nicht ausgeschlossen hat. In Österreich zahlen die ArbeitnehmerInnen am allermeisten Steuern. Europaweit liegt Österreich weit über dem EU-Durchschnitt und zählt zu den Ländern mit der höchsten Steuerbelastung auf Arbeit. Auch die Teuerung macht den Menschen zu schaffen. Besonders betroffen sind jene Bereiche, an denen niemand

vorbeikommt: Lebensmittel, Wohnen und Energie. Das merken die ArbeitnehmerInnen, wenn ihnen am Ende des Monats trotz Lohnerhöhungen kaum etwas übrig bleibt, weil die Teuerung und die kalte Progression die Lohnzuwäch-

Derzeitige Steuerstufen

Einkommen	Grenzsteuersatz
11.000 bis 25.000 Euro	36,5 Prozent
25.000 bis 60.000 Euro	43,2 Prozent
Ab 60.000 Euro	50,0 Prozent

Steuerstufen im ÖGB/AK-Modell

Einkommen	Grenzsteuersatz
11.000 bis 20.000 Euro	25 Prozent
20.000 bis 30.000 Euro	34 Prozent
30.000 bis 45.000 Euro	38 Prozent
45.000 bis 60.000 Euro	43 Prozent
60.000 bis 80.000 Euro	47 Prozent
Ab 80.000 Euro	50 Prozent

se längst aufgeessen haben. 2014 überholen Einnahmen aus der Lohnsteuer zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Von den guten Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Gewerkschaften Jahr für Jahr erkämpfen, bleibt den ArbeitnehmerInnen netto zu wenig übrig. Daher kämpfen ÖGB und AK für eine Lohnsteuersenkung – für mehr Netto vom Brutto. Weiters müssen die Folgen der kalten Progression künftig deutlich eingedämmt werden, fordern die Arbeitnehmervertretungen. Wenn die Teuerung seit der letzten Anpassung fünf Prozent erreicht hat, sollten – vergleichbar mit entsprechenden Regelungen für Mieten – die Steuerstufen entsprechend adaptiert werden.



vamfeldman Fotolia

Umverteilen statt Ungleichheit

Für den französischen Starökonom Thomas Piketty ist das größte Problem der Gesellschaft, dass die Reichen immer reicher werden.

Im kürzlich auch auf Deutsch erschienenen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat Piketty die weltweite Vermögensverteilung einer sehr genauen Untersuchung unterzogen. Die Ergebnisse der Recherche können natürlich nur sehr überzeugte Marktanhänger wirklich überraschen: Die wirklich Reichen werden immer reicher, während für die arbeitende Bevölkerung immer weniger Geld übrig bleibt.

Massive Anhäufung

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts besaß in den untersuchten Ländern eine sehr kleine Oberschicht beinahe das gesamte Vermögen. So besaß das reichste ein Prozent jeweils gute 60 bis 70 % des Gesamtvermögens, die reichsten 10 % besaßen rund 90 % des vorhandenen Vermögens.

Einmalige Umverteilung

Die beiden Weltkriege, die große Weltwirtschaftskrise sowie das zuvor unbekannte Phänomen der Inflation beendeten diese Vorherrschaft der Superreichen, aber nur vorübergehend. In den 50er, 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war es zum ersten Mal in der Geschichte für eine größere Anzahl von Menschen in den Industrieländern möglich, sich durch Arbeit einen gewissen Wohlstand zu erwirtschaften. Diese Geburtsstunde der Mittelschicht war die Folge eines historisch einmaligen Umverteilungsprozesses. Diese neue Mittel-



Thomas Piketty (in der AK Wien): Verteilung ist das größte Problem der Gesellschaft. (Georg Hochmuth/APA/picturedesk.com)

schicht besaß zu Beginn der 80-er gemeinsam rund 30 bis 40 % des Gesamtvermögens und stellte das Rückgrat der demokratischen Länder dar.

Erben statt arbeiten

Doch seit damals geht es wieder retour und in allen untersuchten Ländern die Einkommens- und Vermögensschere wieder auseinander. Aktuell gelingt es nur noch Supermanagern, Vermögen durch Arbeit zu erwirtschaften. Das Vermögen der Mittelschicht hingegen schrumpft überall wieder. Piketty prophezeit, dass sich

ohne radikales Gegensteuern die Situation aus dem 19. Jahrhundert wiederholen muss. Der Konzentrationsprozess der Vermögen wird weiter zunehmen und Erbschaften werden die einzige Möglichkeit sein, ein relevantes Vermögen zu erhalten.

Steuern – was sonst?

Die einzige Möglichkeit gegen wachsende Ungleichheit sieht Piketty in der Einführung von Vermögenssteuern für Superreiche. Freibeträge von 1 Million Euro seien überhaupt kein Problem, da der Großteil des Vermögens sowieso von Superreichen besessen wird. Deren Vermögen müsste aber stark genug besteuert werden, um tatsächlich eine Umverteilung zu bewirken. Eine Besteuerung, die unter vier Prozent im Jahr liegt, bringt wenig, da die Vermögen der Superreichen trotzdem auf Kosten des Mittelstandes weiter anschwellen würden. Aber mit neuen Steuereinnahmen wäre es den Staaten endlich möglich, in Bildung zu investieren und die Abgaben endlich zu reduzieren.



Voller Kammersaal beim Vortrag der deutschen „Die Linke“ Politikerin Sahra Wagenknecht. (Fotostudio 44)

Sahra Wagenknecht: „Es muss europaweite Untergrenzen für Körperschafts- und Vermögenssteuern geben.“ (Fotostudio 44)

Wege aus der Krise

Sahra Wagenknecht sieht in Vermögensabgaben und koordinierter Steuerpolitik sinnvolle Wege aus der Krise.

Mehr als 500 Zuhörer kamen in den Grazer Kammersaal, um die stellvertretende Fraktionschefin der Partei „Die Linke“ über Ursachen der europäischen Krise reden zu hören. AK-Präsident Josef Pessler nannte als vordringlich, sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit ein-

zusetzen. „Wir wollen kein Europa, wo Finanzsektor und Konzerne sagen, was für die Menschen gut ist.“ Wagenknecht kritisierte, dass heutzutage „Wohlstand für alle kein Leitmotiv der europäischen Politik“ mehr sei. Die seit 2007/08 andauernde Krise sei nicht ausgestanden. „Die Vermögen und Staatsschulden wachsen schneller als die reale Wirtschaft.“ Sie fordert die strikte Regulierung und demokratische Kontrolle des Finanzsektors, um Europa wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu geben.

Direktkredite an Staaten

Statt Schrottpapiere aufzukaufen sollen direkte Kredite der EZB an Euro-Staaten vergeben werden, um Investitionen und nicht neue Blasen auf den Finanzmärkten zu finanzieren. Den Geldfluss umzukehren, sei der einzige Ausweg aus der Schuldenspirale: Die Staaten hätten die Möglichkeit eines Schuldenschnitts, den der Finanzsektor bezahlen müsse, oder „wir machen europaweit eine Vermögensabgabe“. Ein weiterer Lösungsansatz

sei eine koordinierte Steuerpolitik, um der Steuerflucht vorzubeugen. „Es muss Untergrenzen für Körperschafts-, Vermögens- und Erbschaftssteuern geben.“ Als Ausgleich müssten Löhne stärker steigen als die Produktivität. Schließlich möchte sie die Einflussmöglichkeiten der europäischen Institutionen beschneiden. Bestimmte Sektoren, wie Gesundheit und Bildung, dürfen nicht privatisiert werden. „Für den Kurswechsel brauchen wir Gewerkschaften und glaubwürdige Parteien, um zu verhindern, dass sich Wut und Frust in rechte Bahnen lenken.“

In der von ORF-Chefredakteur Gerhard Koch geleiteten Diskussion befürchtete Wagenknecht, dass sich die Politik mit den geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA selbst entmachtet zugunsten der Konzerne. Punkto Finanztransaktionssteuer stellt Wagenknecht einen fehlenden Mut der Politik fest, sich mit der „Finanzmafia“ und den Lobbys anzulegen“. rudolf.willgruber@akstmk.at

Zahlbuch statt Sparbuch

Stellen Sie sich vor: Sie legen zwölf Jahre lang monatlich einen Hunderter auf ein Kapitalsparbuch mit zweijähriger Bindungsfrist – wie aus einem Sparbuch ein Zahlbuch wird.

Das Rätsel schnell aufgelöst: Seit 2002 haben Sie insgesamt 14.400 Euro gespart und eine nominelle Veranlagung von 15.909,34 Euro erzielt. Aufgrund geringer Zinsen und hoher Inflation verliert das „geparkte“ Geld aber an Kaufkraft, so dass das Ersparnis real nur noch 13.957,06 Euro wert ist. Einziger Trost: Wenn Sie die Summe unter dem Kopfpolster liegen lassen, wäre sie mittlerweile nur noch 12.533,99 Euro wert. „Die kleinen Sparer werden enteignet, während die großen Vermögen nach wie vor stärker wachsen als die Wirtschaft“, fasst AK-Präsident Josef Pessler die Erkenntnisse dieser Berechnung über die Entwicklung der Sparzinsen zusammen.

Verstärkt wird diese Schieflage durch Gebühren, die teilweise von Bankenseite für die Sparbücher eingehoben werden. Beim Großteil der Banken fallen bei der Schließung des Sparbuches Spesen an, die bis zu 7 Euro ausmachen können (Hypo Tirol). Um diese 7 Euro zu erwirtschaften, muss man aktuell 1.000 Euro ein Jahr lang auf dem Sparbuch liegen lassen. Die BKS (Bank für Kärnten und Steiermark) verrechnet außerdem eine Kontoführungsgebühr von 1,20 Euro pro Quartal, d.h. die Zinsen für die ersten 700 Euro, die am Sparbuch liegen, dienen nur zur Deckung der Kontoführungsgebühr. Auf der anderen Seite zahlen die heimischen Banken Millionen an ihre Vorstände und verpulvern Milliarden im Osteuropageschäft. Natürlich ist auch das Ver-

mögen, das in Österreich auf Sparbüchern „gebunkert“ wird, sehr ungleich verteilt. Laut Österreichischer Nationalbank (Stand: 2011) liegt auf den höchsten 5 % der Sparbücher fast die Hälfte (73 Mrd. Euro) des auf allen Sparbüchern angesparten Vermögens, während sich die anderen 95 % rund 84 Mrd. Euro Sparguthaben teilen. Üblicherweise binden die reichen Sparbuchbesitzer ihr Geld gewöhnlich für länger und erzielen auch aufgrund ihrer stärkeren Verhandlungsposition wesentlich höhere Zinssätze für ihre Ersparnisse, während die kleinen Sparer nicht einmal die Inflation abgegoten bekommen.

Gibt es Alternativen?

Wer seinen Notgroschen bereits am Sparbuch hat, kann sich überlegen, etwaige Schulden (Wohnungskredit, Einrichtungskredit etc.) vorzeitig zurückzuzahlen. Das bringt risikofrei eine höhere Rendite, wenn die vorzeitige Rückzahlung vertraglich möglich ist. In energiesparende Maßnahmen (Wärmedämmung, Gerätetausch, Solar- und Photovoltaikanlagen bei positiver Rentabilitätsrechnung) zu investieren, kann sinnvoll sein. Trotzdem ist es oft unumgänglich, Geld zu sparen. „Für diese Fälle sollte der Nominalzinssatz zumindest die Inflation abgelten“, fordert Mag. Karl Snieder, Leiter der AK-Wirtschaftsabteilung. Außerdem sollten die Banken ihre Werbung für Kapitalsparbücher einschränken, weil diese keinen Gewinn bringen. **R.W.**



AK-Präsident Josef Pessler begrüßte den Zukunftsforscher Peter Zellmann zu einem „Stiftingtaler Gespräch“ zur „Zukunft der Arbeit“.
(Foto: Kanizaj, AK)

ZAK info

Zur Person

Peter Zellmann, Jahrgang 1947, studierte Pädagogik und Psychologie, war als AHS-Lehrer tätig und lehrte an der Pädagogischen Akademie und als Lehrbeauftragter an der Uni Wien. Seit 1987 leitet er das Wiener „Institut für Freizeit- und Tourismusforschung“. In seinen Publikationen (zuletzt „Die Zukunft der Arbeit“, Molden-Verlag) legt er den Schwerpunkt auf die Analyse zukünftiger Lebensstile in Arbeit und Freizeit sowie Freizeit- und Tourismuspolitik.

An der Schwelle zum Dienstleistungszeitalter

Im Übergang vom Industrie- zum Dienstleistungszeitalter sieht der Zukunftsforscher Peter Zellmann Gesellschaft und Arbeitswelt. Im Interview präzisiert der Wissenschaftler seine These.

ZAK: Herr Prof. Zellmann, die Industrie spielt in der Wirtschaft nach wie vor eine wichtige Rolle, es ist sogar die Rede von einer „Re-Industrialisierung“ Europas. Wie passt das zu Ihrer These?

Zellmann: Wenn ich vom Ende des Industriezeitalters spreche, meine ich damit nicht das Ende der Industrie. Auch in Zukunft werden Güter produziert werden. Gemeint ist, dass die Industrie nicht mehr Arbeitswelt und Gesellschaft in dem Ausmaß prägen wird, wie sie das in den vergangenen 100, 150 Jahren getan hat.

Und an die Stelle des Industriezeitalters tritt das Dienstleistungszeitalter?

Wobei Dienstleistung nicht mit einer „Dienstbotenfunktion“ zu verwechseln ist. Es geht vielmehr um personenbezogene

Dienstleistungen, bei denen die Kompetenzen des Einzelnen im Mittelpunkt stehen, wie Betreuung, Wissensvermittlung, Information, Pflege oder Beratung. Und insgesamt um eine Dienstleistungsorientierung der Arbeitswelt.

Wie wirkt sich diese Dienstleistungsorientierung auf die Ausbildung aus?

In Zukunft muss Persönlichkeitsbildung mindestens ebenso wichtig genommen werden wie die reine Wissensvermittlung. Leider ist festzustellen, dass unser Bildungssystem dafür nicht im Geringsten gerüstet ist. Wir brauchen eine grundlegende Bildungsreform unter anderem mit einer Gesamtschule der 10- bis 14-jährigen und einer verpflichtenden Ganztageschule.

Wodurch wird die Arbeitswelt künftig gekennzeichnet sein?

Es wird mehr flexible Arbeitszeitmodelle in Form von Arbeitszeitkonten geben müssen. Die Lebensarbeitszeit könnte anders verteilt werden. Länger an Jahren, eventuell kürzer pro Woche. Mehrmalige Berufswechsel und oftmaliger Wechsel des Arbeitsplatzes werden normal sein.

Und wo bleiben die Interessen der betroffenen ArbeitnehmerInnen?

Das ist es ja genau: Ich glaube, dass der Zug nicht aufzuhalten sein wird. Daher ist es wichtig, die Rahmenbedingungen rechtzeitig mitzugestalten. Wir sind der Zukunft nicht ausgeliefert, wir müssen sie selbst gestalten.

Ist die Gesellschaft reif für tiefgreifende Veränderungen?

Davon bin ich überzeugt. Es gibt eine Tendenz zu einem

gesamtheitlichen Lebensstil: Nicht entweder arbeiten oder leben, sondern sowohl als auch ist die Devise. Dieser Paradigmenwechsel ist bereits im Gange. Geld allein wird für viele Menschen nicht mehr das Wichtigste sein. Zeit ist die Ressource des 21. Jahrhunderts.

Gibt es Alternativen zu den von Ihnen genannten Thesen?

Ich möchte festhalten, dass ich keine Patentrezepte anbieten kann, sondern vielmehr Denkanstöße. Aber festzuhalten ist: Wenn wir unsere gesellschaftliche Auffassung von Arbeit nicht grundlegend an künftige Gegebenheiten anpassen, verfestigt sich die Formel $0,5 \times 2 \times 3$: Die Hälfte der Menschen verdient das Doppelte, arbeitet dafür aber auch das Dreifache. Und was ist dann mit der anderen Hälfte?



Entlassung, weil geteilter Dienst für die Beschäftigte inakzeptabel war: Steirische AK erkämpfte 7.500 Euro für Reinigungskraft.
(jayfish – Fotolia)

Vorarbeiterzuschlag brachte 14.500 Euro

Für einen gekündigten Arbeitnehmer in der Metallindustrie holte die steirische AK einen Vorarbeiterzuschlag für die letzten drei Jahre heraus.

Der Dienstnehmer war von 2002 bis 2012 in einem Metallbetrieb in Graz-Umgebung beschäftigt. Nach dem Jobverlust suchte er Hilfe im AK-Arbeitsrecht, und prompt entdeckten die Experten, dass dem Mitarbeiter während der ganzen Beschäftigungsdauer kein Vorarbeiter-Zuschlag bezahlt worden war.

Mag. Stefan Schmelzer: „Nach dem anzuwendenden Kollektivvertrag gebührt Arbeitnehmern für jene Zeit, in denen ihnen wenigstens sechs ArbeitnehmerInnen unterstellt sind, ein Zuschlag in der Höhe von 10 Prozent des Stundenlohns.“ Auch wenn der Steirer nicht als „Vorarbeiter“ tätig war, so waren ihm während seiner Schicht ständig zwischen sechs und neun DienstnehmerInnen unterstellt. Das Unternehmen verweigerte auch nach Intervention durch

die AK die Bezahlung dieses Zuschlags mit dem Argument, dass der Mitarbeiter nicht die Voraussetzungen für den Zuschlag erfüllt habe. Und selbst wenn diese Bedingungen erfüllt gewesen wären, sei der Zuschlag mit dem überkollektivvertraglichen Gehalt abgegolten bzw. verfallen.

Keine Verfallsfrist

In diesem Punkt irrte der Arbeitgeber gewaltig. „Da im Kollektivvertrag keine Verfallsfrist für derartige Ansprüche vorgesehen ist und im Arbeitsvertrag keine vereinbart worden war, konnte die Arbeiterkammer im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsfrist drei Jahre geltend machen.“ Dem Arbeitnehmer wurde bereits in erster Instanz der eingeklagte Betrag von knapp 12.000 Euro zugesprochen. Nach Rechtsmitteln des Arbeitgebers bestätigten auch das Oberlandesgericht und der Oberste Gerichtshof dieses Urteil, sodass dem gekündigten Mitarbeiter inklusive angefallener Zinsen rund 14.500 Euro brutto ausbezahlt werden mussten. **R.W.**

Reinigungskraft: Entlassung bekämpft

Für eine unberechtigt entlassene Arbeitnehmerin hat die AK ausständige Sonderzahlungen, Kündigungsschädigung sowie die gesetzliche Abfertigung erstritten.

Seit 2002 war die Dienstnehmerin als Reinigungskraft beschäftigt und hat immer werktags am Nachmittag für jeweils 8 Stunden gearbeitet. Im September des Vorjahres wollte ihr Arbeitgeber diese Arbeitszeiten einseitig ändern. Die Frau sollte in Form eines „geteilten Dienstes“ arbeiten. Wegen der Sorgspflicht für ihre beiden minderjährigen Kinder erklärte sie sich mit den vom Arbeitgeber geforderten Änderungen aber nicht einverstanden.

Am ersten Tag nach einem Krankenstand wurde der Reinigungskraft mitgeteilt, dass sie ab sofort einen dreigeteilten Dienst – sowohl vormittags als auch nachmittags – zu verrichten habe. Abermals berief sich die Dienstnehmerin auf ihre Sorgpflicht für die Kinder und lehnte eine Änderung der Arbeitszeit ab. Nach nochmaliger Rücksprache mit dem Vorgesetzten wurde ihr die fristlose Entlassung wegen Arbeitsverweigerung

ausgesprochen. Von der AK wurde die fristlose Entlassung gerichtlich bekämpft.

Im Zuge des Verfahrens stellte die Richterin fest: „Dass die Klägerin mit Arbeitszeiten konfrontiert wurde, die weder vereinbart noch der Klägerin aufgrund ihrer Sorgpflichten zumutbar waren, wirkt wie ein nahezu provokatives Heranführen des Arbeitnehmers an einen Punkt, indem er quasi gezwungen wird, einen Entlassungsgrund zu setzen.“ Der Reinigungskraft wurde ein Betrag in der Höhe von rund 7.500 Euro zugesprochen.

Für den AK-Experten Mag. Stefan Schmelzer liegt die Vermutung nahe, dass sich der Arbeitgeber durch sein Vorgehen die gesetzliche Abfertigung alt für die Dienstnehmerin sparen wollte: „Man schiebt einen Entlassungsgrund vor, um sich damit die Abfertigung zu ersparen. Im gegenständlichen Fall ist das glücklicherweise nicht gelungen.“ **M.F.**



Die Lehre hat bei steirischen Jugendlichen ein überaus positives Image, und auch Schulausbildung bekommt ein gutes Zeugnis. (Monkey Business)

Jugend zufrieden mit Schule & Lehre

Große Überraschungen birgt die 4. Steirische Jugendstudie 2014: Die Mehrheit der Jugendlichen bewertet ihre Ausbildung mit „sehr gut“ bis „gut“.

Jugendliche sehen ihre Ausbildungssituation über alle Schultypen hinweg inklusive Lehre sehr positiv. 80 % bis 85 % der Jugendlichen benoten die Qualität und das Image ihrer Schule mit „sehr gut“ oder „gut“.

Im Gegensatz dazu gibt es nur von 2 bis 4 % ein „Nicht genügend“ für ihre Schule. Kritisch werden im Schulwesen die Zentralmatura sowie ganztägige Schulformen gesehen. Zwei Drittel sprechen sich dafür aus, dass die Wahl für weiterführende Schulen erst mit 14 Jahren getroffen werden sollte.

Bei den Lehrlingen sind ähnliche Tendenzen zu erkennen. Das Image der Lehrberufe wird von 91 % der Jugendlichen positiv bewertet. Gut schneiden auch die AusbilderInnen ab, die Berufsschule wird von immerhin 71 % als hilfreich für die berufliche Praxis erlebt. Rund ein Drittel der Lehrlinge gibt allerdings an, häufig Tätigkeiten ausüben zu müssen, die nicht zum Berufsbild gehören. Überstunden werden von 17 % der 16-

bis 18-Jährigen und 27 % bei den über 18-Jährigen geleistet.

Hoher Stellenwert der Lehre Für die Leiterin der AK-Bildungs- und Jugendabteilung, Mag. Ursula Strohmayer, ragt aus der positiven Einschätzung der Ausbildung der hohe Stellenwert hervor, den vor allem die Lehrausbildung einnimmt: „Für mich ist das ein ermutigendes Zeichen, dass die duale Berufsausbildung den sinkenden Lehrlingszahlen zum Trotz auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Ausbildung von Fachkräften spielen wird.“ Auch das immer wieder zitierte „schlechte Image“ der Lehre spiegelte sich in der Umfrage nicht wider. Erfreulich ist für Strohmayer auch die Zweidrittel-Mehrheit für die Forderung, die Entscheidung für eine weiterführende Schulform erst mit 14 zu treffen: „Hier deckt sich die Wahrnehmung der Jugendlichen mit der Expertenmeinung, dass die erste Entscheidung im Alter von 10 Jahren einfach zu früh kommt.“

Michael Fabian

Ein Schuljahr kostet 1.417 Euro

Enorme Belastungen für die Eltern von Schulkindern: Mehr als 1.400 Euro betragen die Kosten pro Schulkind und Jahr, ergab eine AK-Studie.

Die im August 2013 gestartete Aktion sollte herausfinden, wie viel Geld steirische Eltern für ihre Sprösslinge für die Schule ausgeben müssen. 708 Schulkostencheck-Hefte wurden ausgewertet, die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Kinder in die Schule zu schicken, ist teuer – und das ab der 1. Klasse Volksschule. Durchschnittlich sind pro Kind 1.417 Euro im Schuljahr 2013/14 ausgegeben worden. Das erste Semester ist mit 879 Euro deutlich teurer als das zweite Semester (538 Euro).

Teure Schulveranstaltungen Schön zu sehen ist, dass Eltern mit allen Mitteln versuchen, ihrem Kind die Teilnahme an Schulveranstaltungen zu ermöglichen. „Wir sparen uns die Teilnahme an Schulveranstaltungen vom Mund ab, aber die Kinder können mitfahren“, sagt eine Mutter. Rund 15 Prozent gelingt das aber trotz aller Anstrengungen nicht. Mit insgesamt 196.202 Euro schlagen sich die Kosten für Schulveranstaltungen klar an erster Stelle zu Buche. Sie setzen sich aus Anschaffungs- bzw. direkt aus den Veranstaltungskosten zusammen. Viel Geld geben die Eltern auch für Schulmaterialien wie Hefte, Malstifte oder Laptops (185.635 Euro) und die Nachmittagsbetreuung (102.721 Euro) aus. Die Kosten für Bekleidung (Sportsachen, Koch- und Schutzkleidung) machen 102.132 Euro aus. Für Nachhilfe geben die Eltern insgesamt 43.140 Euro aus.

Die Mehrheit der befragten Eltern hat zwei Schulkinder, ein Viertel der Eltern ist alleinerziehend. Die befragten Kinder sind im Durchschnitt elf Jahre alt. Die AK hat alle Schultypen abgefragt und auch, wie die Belastung durch die Schulkosten empfunden wird. Rund zwei Drittel der Eltern ärgern sich aufgrund der Ausgaben für die Schule.

Graz kostet mehr

Die ausgabenstärksten Monate sind August, September und Oktober, zu Schulende steigen die Kosten wieder aufgrund von Schulausflügen. Kinder in Graz in die Schule zu schicken, ist am teuersten. Im Schnitt kostet das pro Jahr und Schulkind 1.673 Euro. Im Vergleich dazu beträgt es in der Oststeiermark 1.318 Euro.

Höhere Schulbeihilfe nötig

Für AK-Präsident Josef Pessler ergeben sich aus den Resultaten des Schulkostenchecks zwei wesentliche Punkte. Die Schulbeihilfe des Bundes, die es erst ab dem 10. Schuljahr gibt, sollte erhöht werden (zuletzt vor sieben Jahren geschehen) und bereits ab der ersten Schulstufe zugestanden werden. „Und die Kosten für Schulausflüge dürfen nicht weiter explodieren.“ Daher sollten Standards eingeführt werden, was beispielsweise ein Skikurs maximal kosten darf. „Mit einem ‚Eckigen Tisch‘, zu dem ich alle an schulischen Angelegenheiten Beteiligte einlade, hoffe ich etwas zu einer Lösung beitragen zu können“, erklärt der AK-Präsident. Wollen auch Sie einen persönlichen Überblick über schulische Ausgaben erhalten? Die AK-Bildungsabteilung hat ein Jahreshaft angelegt, das mit einem Mail angefordert werden kann: bjb@akstmk.at



Mobbing ist ein Gruppen-geschehen und geht von einem/r Haupttäter/in aus. (Fotolia – Luis Louro)

Vom Schulhof ins Spital

Mobbig macht schwer krank, ist der Tenor zweier AK-Mobbingstudien. In Tiefeninterviews mit gemobbten Schülern, betroffenen Eltern und Experten wird deutlich, dass Mobbing ein ernstes und oft noch unterschätztes Problem an Schulen ist.

Die haben Scherze über mich gemacht und ich wurde zu keiner Geburtstagsfeier eingeladen, bei der sonst alle waren“, sagt ein betroffener Schüler. „Man fühlt sich total ohnmächtig!“, meint eine Mutter.

Zugegeben, die quantitative Studie mit Mobbingopfern, deren Eltern und Mobbing-Experten zu lesen, ist nicht lustig. Denn sie zeigt eines ganz klar: In der Schule wird gemobbt, Mobbing wird unterschätzt, übersehen und macht schwer krank.

Was ist Mobbing?

Die Arbeiterkammer Steiermark hat im vergangenen Schuljahr zwei Studien zum Thema Mobbing durchgeführt. Bei einer haben 1.182 Schüler und Schülerinnen aller Schulstufen Fragebögen über ihre Erfahrungen mit Mobbing ausgefüllt, in dieser aktuellen sind 50 Personen interviewt worden. Im Unterschied zu einzelnen

Konflikten und Streitereien ist Mobbing wiederholte körperliche, verbale bzw. psychische Gewalt über einen längeren Zeitraum. Es ist ein Gruppen-geschehen: Es gibt oft einen/eine HaupttäterIn, aber noch andere, die mittun, wegschauen oder einfach die Gewalt tolerieren.

Die Attacken gehen gegen eine bestimmte Person, die sich allein nicht mehr aus der Situation befreien kann.

Veranstaltung

„Mobbing in der Schule“
20. November um 17 Uhr
Festsaal der AK
Präsentation der Studien & einer Mobbing-Broschüre mit Hilfestellungen für Eltern
Anmeldungen unter
bjb@akstmk.at bzw. 05 7799 2352

Und es hat viele Gründe: Fehlendes Selbstwertgefühl und Anerkennungswunsch der Täter, meinen die Experten, mangelnde Erziehung die Eltern. Vor allem hilflose, schwache Kinder ohne Selbstbewusst-

sein werden leicht zu Opfern. Aber auch anderes Aussehen und Verhalten als die anderen in der Klasse sind Auslöser.

Was kann man tun?

Mobbing beginnt oft schleichend und es ist nicht immer einfach zu erkennen, ob ein Kind gemobbt wird. Hier gilt es, sehr aufmerksam seinem Kind gegenüber zu sein und Veränderungen zu beobachten: Gibt es einen Leistungsabfall in der Schule? Hat mein Kind Angst, in die Schule zu gehen? Zieht es sich zurück oder wird es aggressiv? Die Studien zeigen: Mobbing sollte nie auf die leichte Schulter genommen werden. Die betroffenen Schüler litten unter starken psychischen Problemen – von Nervosität bis Suizidgedanken, wurden dadurch krank und hatten Angst vor der Schule. Ihr Selbstbewusstsein war stark angeschlagen und ihre Noten schlecht. barbara.schoen@akstmk.at

Kfz-Techniker oder Friseur?

Der Boys' Day am 13. November will Burschen zu einer anderen Berufswahl als Kfz-Techniker motivieren.

Noch immer wählen Mädchen typische „Frauenberufe“, wie Einzelhandelskauffrau, Friseurin oder Bürokauffrau. 1.646 Steirerinnen wählten im Vorjahr einen Handelsberuf (aber nur 485 Burschen), 568 Mädchen absolvieren eine Friseurlehre, was nur 40 Männer anstreben. Umgekehrt lernen 2.126 Burschen Metallberufe, 1.404 werden Elektrotechniker und für 1.229 Steirer dreht sich alles ums Auto (Stand: Dezember 2013).

Jenseits der geschlechterstereotypen Berufswahl soll männlichen Jugendlichen am „Boy's Day“ die Möglichkeit geboten werden, in verschiedenen Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, Spitälern, Senioren- und Pflegeheimen sowie Gesundheitseinrichtungen, zu schnuppern und mit Beschäftigten der Erziehungs- und Pflegeberufe über deren beruflichen Alltag zu sprechen. AK-Expertin Petra Rockenschau rät, „sich nicht in die Enge treiben zu lassen von herrschenden Rollenbildern“, immerhin stehen den Jugendlichen derzeit 199 Lehrberufe zur Auswahl.

Neue Abenteuer eines Hundes

Nach dem Erfolg des ersten Buches „Felix – Aus dem Tagebuch eines Terriers“ liegt nun im Grazer Leykam-Verlag der zweite Band aus der Feder von Susi Biró vor. Die Kronenzeitung-Kolumnen des herzigen Hundes, der für die AK-Leseaktion Pate stand, viele Bilder und unveröffentlichte Abenteuer sollen erneut die Felix-Fangemeinde zum Schmunzeln bringen. **Susi Biró: Felix – Auch Terrier sollen folgen. Leykam, 92 Seiten, 9,90 Euro.**



Voll Vital

Ernährungstipps
von
Dr. Michaela Felbinger

Feuer in der Speiseröhre

Zu fett, zu süß, zu viel. Essen kann auf den Magen schlagen. Etwa ein Viertel der Österreicher leidet unter Sodbrennen. Aber was passiert da eigentlich in Magen und Speiseröhre? Ursachen und Tipps zur Vorbeugung.

Zwischen Mageneingang und Speiseröhre verhindert normalerweise ein spezieller „Schließmuskel“ das zurückfließen von Magensäure in die Speiseröhre. Funktioniert dieser Schließmuskel nicht optimal, kann saurer Mageninhalt in die Speiseröhre gleiten (Reflux).

Aber – sauer macht nicht immer lustig, denn „die Röhre“ ist gegen den „Säureangriff“ ungeschützt. Häufige Reizungen der Schleimhaut durch den aggressiven Mageninhalt können Entzündungen in der Speiseröhre auslösen.

Und die sind nicht nur unangenehm, sondern auch ein Risiko: Die Entstehung von Speiseröhrenkrebs kann begünstigt werden.

Welche Beschwerden?

Typische Symptome für einen Reflux sind saures Aufstoßen, brennende oder stechende Schmerzen hinter dem Brustbein (besonders im Liegen, bei körperlicher Anstrengung oder nach bestimmten Speisen), Völlegefühl, Übelkeit und Erbrechen. Es können aber auch Beschwerden auftreten, die

auf den ersten Blick nicht unbedingt mit einer Erkrankung der Speiseröhre in Verbindung gebracht werden: Reizhusten, Heiserkeit, Halsentzündungen oder Zahnschäden werden schon durch geringe Mengen an Magensäure hervorgerufen, die in den Halsbereich bzw. in

lensäurehaltige Getränke.

- Achten sie auf wenig Kaffee und wenig Alkohol. Rauchen Sie nicht.

- Verbessern Sie Ihre Ernährungsgewohnheiten: mehrere kleine über den Tag verteilte Mahlzeiten, langsames Essen.

Sehr kalte oder heiße Speisen können den Reflux verstärken.

- Essen Sie grundsätzlich nicht spät am Abend. Zwei Stunden vor dem Schlafengehen sollte der Magen wirklich leer bleiben.

- Schlafen Sie mit leicht erhöhtem Oberkörper.

- Vermeiden Sie enge Kleidung bzw. enge Gürtel.

- Versuchen Sie Stress und Hektik zu vermeiden.

- Übergewicht: Veränderte Druckverhältnisse im Bauchraum fördern den Reflux – reduzieren Sie Gewicht.

Bei längeren Beschwerden

Zögern Sie nicht und gehen Sie unbedingt zum Arzt, eine exakte medizinische Abklärung ist notwendig.

E-Mail:
M.Felbinger@mozartpraxis.at

die Luftröhre gelangen.

Was tun gegen Reflux?

Sie können durch folgende Tipps Beschwerden mildern, die einerseits die Bildung von Magensäure einschränken und andererseits das Zurückfließen des Mageninhalt erschweren:

- Meiden Sie säurefördernde Lebensmittel: Fettiges, paniertes und stark gewürztes Essen, Süßigkeiten, Pfefferminze, Zwiebel, Zitrusfrüchte, koh-

Chance für ältere Beschäftigte

Das Projekt „MEET Change“ (Motivation von älteren ArbeitnehmerInnen zu Weiterbildung und Veränderung) will der immer älter werdenden Belegschaft in den Betrieben den Zugang zu Weiterbildungsprogrammen erleichtern und sie motivieren, Veränderungen in ihrem Arbeitsumfeld zuzulassen. Im Rahmen des Projektes wurden Unternehmen in verschiedenen europäischen Ländern befragt. Unternehmen versetzen ältere Mitarbeiter vor allem aus gesundheitlichen, körperlichen und arbeitsrechtlichen Gründen, weil sie wie z.B. in Slowenien von Nacht- und Schicht- und zeitversetzter Arbeit befreit sind. Ein Handbuch, das sich an PersonalmanagerInnen und andere Verantwortliche im Umgang mit älteren ArbeitnehmerInnen richtet, stellt bekannte und neue Instrumente im Bereich Motivation und Erwachsenenbildung vor. Es kann auf der Projektwebsite auch in Deutsch heruntergeladen werden: www.meet-change.eu.

Hotelkosten vorher abgebucht

„Jetzt buchen, vor Ort zahlen“ heißt es auf booking.com schon auf der Startseite. Dennoch wurde einem Grazer, der ein Hotel in Kroatien gebucht hatte, der Betrag vorher per Kreditkarte abgebucht. Die Daten der Kreditkarte müssen zur Stornoabsicherung bei der Buchung eingegeben werden. „Der Konsument hatte aufgrund der Manipulationskosten für Fremdwährungen einen Verlust von knapp 70 Euro erlitten, nachweisbar bei der Kreditkartenabrechnung“, sagt AK-Expertin Mag. Birgit Auner. Ihr Interventions schreiben beim Firmensitz von booking.com in Holland hatte Erfolg, der Betrag wurde zurückgezahlt.



Namibia: nach dem Traumurlaub wollte Reiseversicherung erneut abkassieren.
(Iulia Sokolovska Fotolia)

Zahlungsaufforderung als Urlaubsandenken

Bei Urlaubsbuchungen im Internet werden oft Reiseversicherungen mit abgeschlossen. Manche Versicherungen verlängern gesetzeswidrig die Verträge automatisch.

Namibia – unvergessliche Urlaubseindrücke von wilden Tieren, die man sonst nur aus der Universum-Serie kennt, von Sonnenuntergängen in Farben, die es hierzulande gar nicht gibt und von einer unendlichen Weite. Zwei Jahre ist es schon her, seit ein Grazer Ehepaar diesen Urlaub genossen hat – und vor Kurzem kam per Mail ein unerwartetes Urlaubsandenken: Die Jahresrate für die damals abgeschlossene Reiseversicherung – immerhin 89 Euro – sei wieder fällig, teilte das Unternehmen mit. Dabei waren die Betroffenen der Meinung, sich nur für diese eine Reise versichert zu haben. Weil er nicht rechtzeitig gekündigt worden sei, verlängere sich der Versicherungsvertrag automatisch um ein Jahr, so die Rechtsbe-

lehrung der Versicherung. „In den vergangenen Wochen häufen sich derartige Fälle gesetzeswidrigen Vorgehens“, berichtet AK-Konsumentenschutzexperte Peter Jerovschek. „Keinesfalls sollten Betroffene die geforderte Summe zahlen! Die automatische Verlängerung eines Versicherungsvertrages ist nämlich verboten.“

Schriftlich kündigen

Laut Gesetz müssen Versicherungen ihre Kunden schriftlich über die Kündigungsmöglichkeit informieren, und zwar rechtzeitig vor jenem Stichtag, mit dem der Vertrag gekündigt werden müsste. „Viele glauben beim Ankreuzen im Internet, nur für eine einzige Reise eine Versicherung abzuschließen“, erklärt

Jerovschek. „Daher kümmern sie sich gar nicht um die Kündigungsmodalitäten.“

Wer eine unerwartete Zahlungsaufforderung einer Reiseversicherung erhält, dürfe ihr keinesfalls nachkommen, rät der Konsumentenschützer. Allerdings solle man schriftlich erklären, der Vertrag sei beendet und sich darauf berufen, dass eine automatische Verlängerung gesetzeswidrig sei. Die Arbeiterkammer hilft ihren Mitgliedern bei Bedarf dabei, diesen Brief zu verfassen.

Manchmal treibt der mutmaßliche Versicherungsbetrug sonderbare Blüten: In einem Fall forderte die Versicherung sogar eine Folgeprämie ein, obwohl eine vor Jahren versehentlich abgeschlossene Reiseversicherung nachweislich sofort storniert worden war. Es existierte also nicht einmal ein Vertrag, der verlängert hätte werden können.

Ursula Jungmeier-Scholz

Keine Extras für Zahlscheine

Mit Hutchinson 3 hat der OGH ein weiteres Unternehmen dazu verurteilt, das Zahlscheinentgelt abzuschaffen.

Die Zahlscheingebühr ist nicht rechtmäßig, egal unter welchem Titel sie verkauft wird. Eigentlich ist das bereits seit Einführung des Zahlungsdienstegesetzes mit 1. November 2009 geklärt: Kein Verbraucher darf aufgrund seiner Art, Rechnungen zu bezahlen, benachteiligt werden. Doch hartnäckig bestrafen diverse Unternehmen jene Vertragspartner, die ihnen keinen direkten Zugriff auf ihr Konto gewähren. Besonders üblich ist – oder war – diese Vorgangsweise bei Versicherungen und Telekom-Anbietern. Nach T-Mobile und A1 wurde nun auch Hutchinson 3 vom OGH dazu verurteilt, aus den Verträgen jene Klauseln zu entfernen, die ein Zahlscheinentgelt beinhalten. In Hinblick kann dieser Posten nicht mehr eingefordert werden. Aber was ist mit dem Geld, das die Mobilfunkbetreiber und Versicherungen in den vergangenen Jahren eingenommen haben? „Konsumenten haben ein Recht darauf, diese Zahlscheinentgelte zurückzufordern, und zwar inklusive Umsatzsteuer“, erklärt AK-Expertin Mag. Nadja Schretter. Ein Musterbrief zur Rückforderung steht auf der AK-Homepage zur Verfügung.



Die Gebühr auf Zahlscheine kann zurückgefordert werden. (Fotolia – Gina Sanders)

Alter Kredit falsch abgerechnet

Immer noch werden vor dem 1.3.1997 abgeschlossene Kredite falsch abgerechnet. Nach Überprüfung durch die AK erstattete die Bank einem Paar 12.000 Euro zurück.

Glauben ist gut – nachrechnen ist besser. Unter diesem Motto betrachtete ein steirisches Paar die Endabrechnung ihres Hypothekendarlehens mit großer Skepsis. Eigentlich hätte die Summe bei den stets fallenden Zinsen doch viel niedriger sein müssen, dachten sie sich. Und sie hatten Recht. „Bei Krediten, die vor dem 1. März 1997 abgeschlossen wurden, wurden immer wieder Zinssenkungen von den Banken verspätet oder gar nicht weitergegeben“, erklärt Mag. Bettina Schrittwieser, Leiterin des AK-Konsumentenschutzes. Daher hat die AK bereits Ende der 90er-Jahre unzählige Kredite nachberechnet und zahlreichen Mitgliedern so zu einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation verhol-

fen. Vereinzelt existieren aber immer noch Kredite, die nicht überprüft wurden, wie das Beispiel des Ehepaares zeigt.

AK rechnet nach

Nach Berechnungen der AK hätten die Betroffenen ihrer Bank 12.000 Euro zu viel bezahlt. Zunächst wollte sie das Geldinstitut mit 5.000 Euro abspeisen, letztlich hat die Bank eingelenkt und die volle Summe rückerstattet.

Allen Mitgliedern, die vor dem 1.3.1997 einen Kredit abgeschlossen haben, der noch läuft oder vor weniger als drei Jahren ausgelaufen ist, bietet die Arbeiterkammer die Möglichkeit einer Nachberechnung. „Bei neueren Krediten gibt es dieses Problem nicht“, betont die AK-Expertin.

Gutscheine für Diebstahlsvorwurf

Eine Frau nigerianischer Herkunft wurde des Diebstahls verdächtigt, weil sie ohne Einkauf ein Geschäft verlassen hatte. Nach mehreren Anläufen bekam sie Schadenersatz. Zwei Verkäuferinnen hatten die Frau auf offener Straße beschuldigt, etwas gestohlen zu haben. Dabei fielen beleidigende Worte, die klar machten, dass die Ursache für den Diebstahlsverdacht in ihrer Hautfarbe lag. Nach Durchsicht aller Taschen war klar, dass die Betroffene nichts gestohlen hatte.

Diesen Vorfall wollte die Frau nicht einfach hinnehmen. Sie wandte sich mit Unterstützung einer Hilfsorganisation an die Gleichbehandlungsan-

waltschaft. Die Firmenleitung zeigte sich allerdings wenig einsichtig, daher prüfte die Gleichbehandlungskommission den Fall. Dabei wurde eine Belästigung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit festgestellt und die Zahlung eines Schadenersatzes empfohlen. Da das Schuldbewusstsein auf Seiten des Unternehmens nicht besonders groß war, musste die Gleichbehandlungsanwaltschaft erneut eingreifen. Schließlich wurden Gutscheine im Wert von 720 Euro angeboten und die Betroffene akzeptierte diesen Versuch der Wiedergutmachung. Fraglich ist, ob sie noch einmal in dieses Geschäft einkaufen gegangen ist.



Die Panikmache um die „Pensionslücke“ spielt Versicherungen und Finanzdienstleistern in die Hände. Doch die private Vorsorge ist nicht so gut wie ihr Ruf.

Die Nachricht über das Pensionskonto hat Tausende verunsichert. Doch anstatt zu betonen, dass die Pension ja nur dann so niedrig ausfiel, wenn gar keine Beitragszahlungen mehr geleistet würden, lassen uns die Medien glauben, es gäbe nur einen einzigen Ausweg: die private Pensionsvorsorge.

„Wegen der großen Verunsicherung schließen viele Betroffene voreilig langfristige Verträge ab – das sollte keinesfalls unbedacht geschehen“, warnt AK-Expertin Mag. Sandra Battisti. „Derzeit ist die Nettorendite trotz der langen Laufzeit dieser Produkte so niedrig, dass sie nicht einmal die Inflation abdeckt. Wer vor Ablauf der Mindestbindung aussteigen möchte, weil er sich die Raten nicht mehr leisten

kann, zahlt außerdem extrem hohe Spesen.“

Und das sind nicht wenige: Bei den klassischen Lebensversicherungen kündigt immerhin die Hälfte der Kunden vor Ende der Laufzeit.

Teuer und unübersichtlich

Aber auch ohne vorzeitigen Ausstieg sind kapitalgedeckte private Vorsorgesysteme teuer. Die Spesen und Verwaltungskosten sind hoch. Auch die Finanzdienstleister sahnen satten Provisionen ab. Zudem hat sich schon vor der Finanzkrise gezeigt, wie anfällig Veranlagungen am Kapitalmarkt auf Wirtschaftsabschwünge reagieren; und der Kunde trägt das volle Risiko. Laien haben kaum die Möglichkeit, eine echte Übersicht über die Produkte zu gewinnen.

Verlustgeschäft private Pensionsvorsorge

Testkäufer des VKI haben festgestellt, dass die Beratung zur privaten Pensionsvorsorge sehr zu wünschen übrig lässt. Außerdem haben gerade diejenigen, die eine nicht existenzsichernde Pension zu erwarten haben, schon heute nicht genug Geld zur Verfügung, um sich eine teure Zusatzpension zuzukaufen. Sie können nur durch solidarische Pensionsmodelle vor der Altersarmut bewahrt werden.

Selbst höher versichern

Es ist nicht zielführend, unser Pensionssystem schlechtzureden: Im Vergleich zur privaten Vorsorge ist es wesentlich vertrauenswürdiger. Das zeigt eine Studie der AK Wien, die kapitalgedeckte Pensionssysteme mit dem österreichischen vergleicht. Keines dieser Modelle war dem Umlageverfahren überlegen. „Dauerhaft ist auf den Finanzmärkten einfach kein höherer Ertrag zu erzielen

als in der Realwirtschaft“, so Battisti.

Positiv auf die Alterssicherung wirkt es sich aus, wenn möglichst alle in den Arbeitsmarkt integriert sind. Schwarzarbeit schwächt das System, und Teilzeitarbeit bringt individuelle Verluste. Es empfiehlt sich daher für Eltern, nach der Familienphase wieder Vollzeit arbeiten zu gehen. Wer zusätzlich vorsorgen möchte, hat die Möglichkeit, freiwillig mehr in die Pensionsversicherung einzuzahlen und so ohne Spesen und Nebenkosten eine höhere Pension zu beziehen. Auch die Beiträge zur betrieblichen Pensionsvorsorge können durch private Zusatzzahlung aufgestockt werden. Jede Variante der Alterssicherung kostet ihr Geld. Der Vergleich zeigt jedoch, dass öffentliche Pensionssysteme kostengünstiger sind als private – und zudem sozial verträglicher.

Ursula Jungmeier-Scholz

Hilferuf von einem „Freund“

Wenn Ihnen ein Freund aus dem Ausland mailt, Sie mögen ihm Geld schicken, weil ihm alles gestohlen worden sei, seien Sie wachsam. Sonst werden am Ende Sie bestohlen.

Mein Freund, ich bitte dich um Hilfe. Ich bin in Kiew und habe meine Tasche samt Reisepass und Kreditkarte verloren. Die Botschaft ist bereit, mich ohne Pass nach Hause fliegen zu lassen. Jetzt benötige ich allerdings noch 1.850 Euro für die Hotelrechnung und mein Flugticket. Bitte überweise mir das Geld via Western Union. Ich zahle es dir nach meiner Ankunft sofort zurück.“

Wer ein solches Mail von einer Freundin oder einem Bekannten erhält, bekommt schnell Mitleid und ist bereit, eine Bargeldüberweisung ans andere Ende der Welt zu tätigen. Leider steckt hinter dem Hilferuf meist ein Internetbetrüger, der sich in private Mails hackt und im Stil und im Namen des

anderen Mails verschickt.

Reisende kontaktieren

Die Vorgehensweise ist der AK leider gut bekannt. Daher empfiehlt es sich, vor einer Überweisung die (angeblich) Reisenden noch einmal zu kontaktieren und sich zu überzeugen, ob sie wirklich Hilfe benötigen: per Telefon oder einem Mail, das Fragen enthält, die niemand außer dieser Person beantworten kann.

Ist die Zahlung nämlich einmal getätigt, gibt es keine Möglichkeit mehr, das Geld zurückzuholen. Eine Barüberweisung mittels Western Union kann von jedem behoben werden, der die Transaktionsnummer kennt: In keinem Fall ist der Betrüger ausfindig zu machen.

Neue Frist bei alter Rücktrittsbelehrung

Ein Telefonanbieter schloss nach dem 13. Juni 2014 noch einen Vertrag mit veralteter Rücktrittsbelehrung ab. Somit hatte die Kundin ein ganzes Jahr Zeit für den Rücktritt. Eine Steirerin hatte sich bei dem Haustürgeschäft eine deutliche Senkung ihrer Telefonkosten erwartet und einen Vertrag unterschrieben. Beim Anblick der nächsten Telefonrechnung fiel sie allerdings aus allen Wolken. Sie erklärte sofort schriftlich ihren Rücktritt – per eingeschriebenem Brief. Als Antwort teilte ihr die Telefongesellschaft mit, der Rücktritt sei nicht fristgerecht erfolgt, daher müsse der Vertrag mindestens ein Jahr lang laufen.

Die Arbeiterkammer sorgte für eine erstaunliche Lösung: „Die Telefongesellschaft hat noch nach dem 13. Juni 2014, mit dem das neue Gesetz in Kraft getreten ist, ein Formular mit einer veralteten Rechtsbelehrung über das Rücktrittsrecht verwendet“, erklärt AK-Experte Mag. Herbert Erhart. Die Höhe der Telefonrechnung war unerheblich. Aufgrund der fehlerhaften Rücktrittsbelehrung gilt für diese Konsumentin nämlich ein Rücktrittsrecht von einem ganzen Jahr. Ihre Vertragskündigung ist somit eindeutig zeitgerecht erfolgt; und das hat nach Intervention der AK auch die Telefongesellschaft eingesehen.

Auf nasser Fahrbahn trennt sich die Spreu vom Weizen. Ganzjahresreifen sind und bleiben enttäuschend.

Jeweils vier von 14 getesteten Winterreifen in zwei Dimensionen (Kleinwagen und Kompaktklasse) erhielten die Note „gut“, die vier Ganzjahresreifen fallen im Testurteil als „weniger/nicht zufriedenstellend“ durch. (Foto: ICRT)



Reife(n)prüfung bei Nässe

175/65 R 14 T für Kleinwagen. Es wurden 14 Fabrikate getestet, wovon nur vier gut abschnitten und zwei durchfielen. Als Sieger ging der Continental WinterContact TS850 hervor. Er schaffte sogar den weiten Spagat mit der besten Bewertung auf nasser Fahrbahn bei gleichzeitig sehr geringem Verschleiß. Den Michelin Alpin A4, bekannt für höchste Laufleistungen, konnte er im Verschleiß allerdings nicht schlagen. Der Dunlop Winter Response 2 überzeugte mit dem geringsten Rollwiderstand, also geringstem Verbrauch. Auch Ausgewogenheit in allen Disziplinen ist eine gute Methode, um weit vorne zu landen – so erzielte der Firestone Winterhawk 3 nirgends die beste Note und schaffte trotzdem ein „gut“ in der Endnote.

195/65 R 15T für Kompaktkwagen und leichte Limousinen. Auch hier schafften nur vier ein „gut“ und zwei fielen mit der Note „nicht zufriedenstellend“ komplett durch. Auch in der breiteren Dimension konnte sich der Continental an die Spitze setzen, und zwar mit gleich drei Bestnoten, nämlich auf Schnee, im Kraftstoffverbrauch und im Verschleiß. Dafür schaffte der zweitplatzierte Bridgestone die beste Bewertung seiner

Gruppe auf nasser Fahrbahn. Michelin schaffte es nur ins Mittelfeld. Die Zuspitzung auf gute Wintereigenschaften hat Schwächen auf trockener Fahrbahn zur Folge. **Nässe zählt.** Die Dichte des Verkehrs und die gute Organisation der Räum- und Streudienste haben zur Folge, dass es im Winter in vielen

Regionen eher selten zu wirklich winterlichen Fahrbahnbedingungen mit Eis und Schnee kommt. So sollte ein guter Winterreifen vor allem bei tiefen Temperaturen auf nasser Fahrbahn einen guten Grip aufweisen. **Wirtschaftlichkeit.** Manche Reifen sind zwar etwas teurer als andere, weisen aber eine

nahezu doppelte Laufleistung auf. Trotzdem muss nicht unbedingt der Pneu mit der höchsten Laufleistung auch der günstigste sein. Vor allem, wer im Winter sein Auto weniger bewegt, kommt auch nach mehreren Saisons nicht an die Grenzen der Laufleistung. **Außerdem im Test: Ganzjahresreifen.** Auch diesmal war das Ergebnis eher ernüchternd, zumal die beiden Marktführer mit üblicherweise halbwegs brauchbaren Produkten fehlten, nämlich Goodyear und Hankook. Beide Hersteller haben sich entschieden, die Einführung ihrer Produkte auf 2015 zu verschieben. Falken und Vredestein erreichten ein „weniger zufriedenstellend“, Kumho und Uniroyal stürzten komplett ab. Das Problem ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Ganzjahresreifen in ihrer Konstruktionsart eigentlich Winterreifen sind. In ihren Eigenschaften als Winterreifen funktionieren sie einigermaßen; auf warmer und trockener Fahrbahn zeigen sie jedoch Schwächen, die bei einem Eingreifen des ESP mitunter zu kritischen Fahrzuständen führen.

Detaillierte Infos (kostenpflichtig): www.konsument.at/winterreifen201410

Testergebnisse Winterreifen
bei gleicher Punktzahl Reihung alphabetisch

Marke	Type	Mittlerer Preis in € (Internet)	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	Leistungsmerkmale						
				30% MASSEFAHRBAHN	15% TROPFENFAHRBAHN	20% SCHNEE	10% EIS	5% GERÄUSCH	0% SCHNELLAUFRUFUNG	10% KRAFTSTOFFVERBRAUCH
175/65 R 14 T										
Continental	ContiWinterContact TS850	54,-	gut (71)	+	+	+	+	o	++	++
Dunlop	SP Winter Response 2	60,-	gut (68)	+	+	+	+	-	++	++
Michelin	Alpin A4	60,-	gut (66)	+	+	+	+	-	++	++
Firestone	Winterhawk 3	50,-	gut (65)	+	+	+	+	o	++	++
Esatecar	Super Grip 7+	59,-	durchschnittlich (59)	o ¹⁾	+	+	+	o	++	+
Fulda	Kristall Montero 3	50,-	durchschnittlich (57)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	+
Vredestein	Snowtrac 3	50,-	durchschnittlich (57)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	+
Pirelli	Snowcontrol Serie 3 Winter 190	52,-	durchschnittlich (55)	+	o ¹⁾	+	+	-	++	+
Sava	Eskimo S3+	65,-	durchschnittlich (53)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	+
Hankook	Winter i ^{cept} RS W442	46,-	durchschnittlich (50)	o ¹⁾	+	o	o	-	++	+
Toyo	Snowprox S943 XL	53,-	durchschnittlich (50)	o ¹⁾	+	+	+	o	++	+
GT Radial	Champion Winterpro	47,-	durchschnittlich (45)	o	o	o ¹⁾	o ¹⁾	-	++	+
Cooper	WeatherMaster SA2	54,-	nicht zufriedenstellend (14)	-	-	-	-	-	++	+
Star Performer	SPTS AS	41,-	nicht zufriedenstellend (14)	-	-	-	-	-	++	+
195/65 R 15 T										
Continental	ContiWinterContact TS850	62,-	gut (69)	+	+	+	+	o	++	++
Bridgestone	Blizzak LM 001	3)	gut (66)	+	+	+	+	o	++	++
Dunlop	SP Winter Sport 4D	64,-	gut (63)	+	+	+	+	o	++	++
Semperit	Speed-Grip 2	55,-	gut (62)	+	+	+	+	o	++	++
Uniroyal	MS plus 77	55,-	durchschnittlich (56)	o	o	o	o ¹⁾	-	++	+
Yokohama	W.drive V905	55,-	durchschnittlich (56)	o	o	+	+	-	++	+
Michelin	Alpin 5	64,-	durchschnittlich (52)	+	+	+	+	-	++	+
Hankook	Winter i ^{cept} RS (W442)	51,-	durchschnittlich (51)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	+
Pirelli	Snowcontrol Serie 3 Winter 190	62,-	durchschnittlich (50)	o	o	+	+	-	++	+
Kumho	WinterCraft WP51	91,-	durchschnittlich (43)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	o
Kleber	Krisalp HP2	53,-	durchschnittlich (41)	o ¹⁾	+	+	+	-	++	++
Matador	MP92 Sibir Snow	54,-	weniger zufriedenst. (37)	-	-	-	-	-	++	+
Achilles	Winter 101	55,-	nicht zufriedenstellend (0)	-	-	-	-	-	++	+
Infinity	Winter Hero INF 049	48,-	nicht zufriedenstellend (0)	-	-	-	-	-	++	+
GANZJAHRESREIFEN 195/65 R 15 H										
Falken	EuroAll Season AS200	57,-	weniger zufriedenst. (37)	o	+	-	-	o	++	o
Vredestein	Quatrac Lite	75,-	weniger zufriedenst. (31)	o	-	-	-	o	++	+
Kumho	Solus HA31	3)	nicht zufriedenstellend (14)	o	-	-	-	o	++	+
Uniroyal	AllSeasonExpert	71,-	nicht zufriedenstellend (14)	o	-	-	-	o	++	+

Zeichenerklärung: ¹⁾ führt zur Abwertung ²⁾ Preis konnte im Internet nicht erhoben werden
 Beurteilungswerte: sehr gut (+ +), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (- -)
 ...für SCHNELLAUFRUFUNG: bestanden (+ +), nicht bestanden (- -) **Prozentangaben** = Anteil am Endurteil **Erhebung:** August 2014

AK unterstützt Forderungen nach S-Bahn Obersteiermark – zur Erhaltung des obersteirischen Siedlungsraums.

Werden die Wohnidyllen am Land bald bald Geschichte sein? Immerhin rechnen Experten im Jahr 2030 mit zehn Prozent weniger Bewohnern in den ländlichen obersteirischen Regionen. Denn die Arbeitsplätze konzentrieren sich in den Ballungsräumen, und die Menschen ziehen ihnen nach. Mit einer verbesserten Anbindung an den öffentlichen Verkehr lässt sich der Trend jedoch verlangsamen, wie das Beispiel Schweiz zeigt. Dort wurde das Land möglichst flächendeckend bis in alle Täler mit Bahnlinien erschlossen. Derzeit hört das S-Bahn-Netz in Bruck/Mur auf. „Um den obersteirischen Siedlungsraum zu erhalten, braucht es dringend eine getaktete, schienegebundene Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr“, fordert AK-Vizepräsident Gernot Acko. An dieses starke Rückgrat sollten dann die

S-Bahn gegen Abwanderung



Gute Verkehrsangebote stoppen Abwanderung der Jugend. (Nagel's Blickwinkel – Fotolia)

Buslinien und alternative Formen des Micro-ÖV wie Sammeltaxis oder Rufbusse angeknüpft werden.

S-Bahn wirkt

Den öffentlichen Verkehr ausdünnen, wäre ein Schritt in die falsche Richtung, wie Schließungen von Bahnlinien zeigen. Die Strecke zwischen Leoben und Vordernberg zählt seit der Einstellung des Bahn-

Personenverkehrs mit täglich rund 20.000 Fahrzeugen zu den am stärksten befahrenen Straßen des Bezirks. Wo hingegen die S-Bahn etabliert wurde, wird das Angebot verstärkt angenommen. So zwischen Deutschlandsberg und Graz, aber auch zwischen Bruck und Graz. Seit Einführung der S-Bahn Graz-Bruck kam es zu einer 50-prozentigen Fahrgaststeigerung.

Agentur für Fahrgastrechte

Mit Jänner 2015 wird eine neue Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte eingerichtet, die jene Streitigkeiten schlichten soll, die sich aus annullierten Flügen oder verpassten Anschlusszügen ergeben. Die beiden bisherigen Schlichtungsstellen werden zusammengelegt und sich zusätzlich auch um die Fahrgastrechte von Schiffspassagieren und Busreisenden kümmern. Nach wie vor bleibt jedoch die erste Anlaufstelle für Beschwerden das involvierte Verkehrsunternehmen. Erst wenn dort keine Einigung erzielt werden konnte, steht den Konsumenten die Fahrgastrechte-Agentur offen, mit dem Ziel, den Streit außergerichtlich und somit ohne Prozesskostenrisiko beizulegen.

Zugfahren für größere Familien wieder günstiger

Nach Protesten gilt die ÖBB-Familienvorteilskarte nun auch wieder für größere Familien.

Die Inhaber der Familienvorteilskarte und ihre mitreisenden Kinder müssen nicht mehr verwandt sein. Der Stiefvater kann also mit seinen zwei Stiefkindern auch ohne die leibliche Mutter per Bahn unterwegs sein und – sofern er eine Familienvorteilskarte besitzt – zum halben Preis reisen und die Kinder gratis mitnehmen. Seit 1. September können pro Erwachsenen mit Familienvorteilskarte bis zu vier Kinder im entsprechenden Alter mitreisen. Besitzen beide Elternteile die Familienkarte, fahren also maximal acht Kinder gratis mit. Der Vorteil für die Patchwork-

Familien bleibt aufrecht: Erwachsene und Kinder müssen nicht miteinander verwandt sein. Voraussetzung ist, dass sämtliche Kinder auf der Fahrkarte angegeben sind. „Die Arbeiterkammer begrüßt das Einlenken der ÖBB in dieser Angelegenheit“, betont AK-Verkehrsexperte Franz Fromm. „Eine Forderung bleibt allerdings noch offen: Wenn Familien mit Kindern ab 15 Jahren gemeinsam reisen und die Eltern eine Familienvorteilskarte besitzen, sollten alle wie früher zum halben Preis fahren können.“ Dieser Vorteil wurde nämlich abgeschafft.



Feierabend

Günter Eichberger

Ich habe ein ganz wunderbares Angebot erhalten. Mir wird ein hohes Einkommen in Aussicht gestellt, für das ich, wenn ich das richtig verstanden habe, garantiert wenig tun muss. Nein, kein Aufsichtsratsposten, mehr etwas Seriöses. Wenn auch kein klassisches Arbeitsverhältnis, ich kann mir meine Arbeitszeit nämlich selber einteilen. Und bin auch niemandem Rechenschaft schuldig, sondern arbeite

LEISTUNG

auf eigene Rechnung. Das klingt unglaublich? Das steht schwarz auf weiß in der Zeitung! In einem Inserat, von dem ich mich direkt angesprochen fühle. Es fragt nicht nach Qualifikationen oder Motivationen, das Anforderungsprofil ist bescheiden, es setzt ganz auf die Bereitschaft, fürstlich entlohnt zu werden – und sei's für gekonntes Daumendrehen. Denn worin nun die eigentliche Leistung bestehen soll, muss man sich nach Herrn Meischberger nicht unbedingt fragen, lieber sollte man an eine gütige Fee glauben, die einen für ein Leben der Entbehrungen reichlich aus ihrem Füllhorn entschädigt. Eine kleine Bedingung nur hat die Fee: Bevor ich den Traumberuf in ihrem Märchenreich antrete, darf ich einen eher symbolischen Betrag auf ein sehr irdisches Konto einzahlen. Dann bin ich ein gemachter Mann. Und werde als Armer im Geiste selig.

Wenn Arbeitgeber ihren Beschäftigten eine Fortbildung verweigern, weil sich das in deren Alter nicht mehr lohnen würde, verstoßen sie damit gegen das Gesetz.

Die Aufgabe klingt spannend: Um die Entwicklung der hausinternen Teams intensiver mitgestalten zu können, durften zwei Beschäftigte eines Unternehmens eine Ausbildung zum Mediator, also zum professionellen Streitschlichter, machen. Das Interesse in der Belegschaft war groß, und die einzige Vorgabe der Geschäftsführung war, die Fortbildung sollte jeweils von einem Mann und einer Frau absolviert werden. Der Mann war schnell gefunden, bei den Frauen kamen jedoch zwei in die nähere Auswahl. Letztlich wurde entschieden, dass die jüngere Kollegin zum Zug kommen sollte, denn bei einer 50-Jährigen würde sich die Investition nicht mehr lohnen.

„Damit hat das Unternehmen klar gegen das Gleichbehandlungsgesetz verstoßen“, erklärt AK-Gleichstellungsreferentin Mag. Bernadette Pöcheim.

Für spätes Lernen zu

„In gar keinen Belangen des Arbeitslebens darf man aufgrund seines Alters benachteiligt werden: Weder bei einer Bewerbung noch bei der

Entgeltfestsetzung noch bei Aus- und Weiterbildung.“ Gerade in Zeiten, in denen sich die Arbeitsbedingungen rasch ändern, muss lebenslanges

Lernen gefördert werden.

15 Jahre als Mediatorin

Kommt es trotzdem zu einer Diskriminierung aufgrund des



Schon zu alt für eine Fortbildungsmaßnahme? Im Arbeitsleben darf man keineswegs aufgrund des Alters benachteiligt werden. (Fotolia contrastwerkstatt)

1.400 Euro mehr Abfertigung

Bei der Auflösung von Dienstverhältnissen während Karenz oder Elternteilzeit kommt es oft zu Fehlern bei der Berechnung der Abfertigung. Die AK rechnet für Sie nach.

Fragen kostet nichts, kann aber viel Geld bringen. So erging es einer jungen Steirerin, die während ihrer Elternteilzeit kündigte und die Berechnung ihrer Abfertigung von der AK überprüfen ließ. Mag. Birgit Klöckl fand rasch gleich zwei Rechenfehler, und so bekam die Arbeitnehmerin 1.400 Euro netto mehr an Abfertigung. Der Arbeitgeber zeigte sich sofort einsichtig. Generell besteht nach dem Modell Abfertigung alt, also bei einem Dienstverhältnis, das vor dem 1. Jänner 2003

begründet wurde, im Falle einer Selbstkündigung kein Abfertigungsanspruch. Für Kündigungen während der Elternteilzeit, die aufgrund der Elternschaft ausgesprochen werden, existiert jedoch eine Sonderregelung: Die betreffenden Mütter und Väter haben Anspruch auf die halbe Abfertigung, maximal jedoch drei Monatsentgelte, basierend auf der in den letzten fünf Jahren geleisteten Arbeitszeit. „Die Berechnung ist allerdings für ArbeitnehmerInnen selbst schwer nachzuvollziehen“,

so die AK-Expertin. „Es empfiehlt sich daher, die Abfertigung immer überprüfen zu lassen.“ Zu beachten sind auch mögliche günstigere Regelungen im jeweiligen Kollektivvertrag.

Einvernehmliche probieren

Nicht nur während der Elternteilzeit kann das Arbeitsverhältnis unter besonderen Umständen aufgelöst werden. Während der arbeitsrechtlichen Karenz, die mit dem zweiten Geburtstag des Kindes endet, gibt es die Möglichkeit des Mutterschafts Austrittes. Dieser muss spätestens drei Monate vor dem Ende der angemeldeten Karenz

schriftlich mitgeteilt werden; ein Musterformular dafür gibt es auf der AK-Homepage. Auch hier besteht Anspruch auf die halbe Abfertigung, die jedoch mit maximal drei Monatsgehältern begrenzt ist. Selbst wenn der Mutterschafts Austritt während der Karenz und die Selbstkündigung während der Elternteilzeit begünstigt behandelt werden, empfiehlt die AK-Juristin in jedem Fall, vorab zu versuchen, eine einvernehmliche Auflösung zu erzielen. Dann besteht nämlich ein Anspruch auf die ganze Abfertigung, die zudem auf Basis der Normalarbeitszeit vor der Elternteilzeit berechnet wird.

alt?

Alters, sollten sich Betroffene unverzüglich vom Gleichstellungsreferat der AK beraten lassen. Dieses wendet sich dann an das Unternehmen und, falls dort keine Einigung erzielt werden kann, an die Gleichbehandlungskommission. „Leider herrscht in Österreich noch wenig Bewusstsein dafür, dass Altersdiskriminierung verboten ist“, kritisiert Pöcheim. In anderen Ländern, beispielsweise den USA, wäre so eine Vorgehensweise undenkbar.

Dazu kommt, dass in Österreich Frauen bereits früher als zu alt für den Arbeitsmarkt gelten; und das, obwohl das Frauenpensionsalter bereits sukzessive steigt. Für alle Frauen, die 1968 geboren sind, gilt schon dasselbe Regel-pensionsantrittsalter wie für einen gleichaltrigen Mann. Sie hätte daher mindestens 15 Jahre Zeit, ihre Expertise als Mediatorin zu Gunsten des Unternehmens einzusetzen. Ganz zu schweigen von der Lebenserfahrung, die sie mitbringt.



Nach einer Babypause versuchen Arbeitgeber häufig, Frauen in ein schlechteres Dienstverhältnis zu drängen. (Fotolia – K. P. Adler)

Wiedereinstieg zu schlechteren Bedingungen

Neuerdings wird der Wiedereinstieg nach einer Babypause oft genutzt, um Frauen in ein schlechteres Dienstrecht zu drängen. AK rät: Zuerst überprüfen, dann unterschreiben!

Auf dem Arbeitsmarkt weht ein rauer Wind: Wollen Frauen aus der Karenz zurück in ihren alten Job, werden sie immer öfter wie Bittstellerinnen behandelt, die gefälligerweise weiter beschäftigt werden. „Während der arbeitsrechtlichen Karenz – also bis längstens einen Tag vor dem zweiten Geburtstag ihres Kindes – haben die Betroffenen jedoch ein aufrechtes Dienstverhältnis, das mit einem Rückkehrrecht in ihren alten Job verbunden ist“, erklärt AK-Expertin Mag. Bernadette Pöcheim. Es ist daher verboten, sie nur zu schlechteren Bedingungen weiterarbeiten zu lassen – und trotzdem gang und gäbe. Besonders diejenigen, die eine Rückkehr in Elternteilzeit

anstreben, werden von den Betrieben oft unter Druck gesetzt, dass ihre Wünsche zur Veränderung der Arbeitszeit nur unter der Bedingung erfüllt werden, dass sie in ein neues Dienstrecht wechseln. Diese Übertritte führen jedoch meist zu Verschlechterungen beim Einkommen, bei Zulagen und bei der Abfertigungsregelung. Eine Rückkehr in Elternteilzeit geht für Frauen, die eine Leitungsfunktion innehatten, oft mit dem Verlust dieser Position einher.

Beide Verträge mitbringen

Probleme gibt es auch bei der Neuberechnung von All-in-Gehältern auf Teilzeitbasis. „Immer wieder ziehen Arbeitgeber da während einer Elternteilzeit zu viel ab“, weiß die

AK-Gleichstellungsreferentin aus ihrer Beratungserfahrung. „All-in-Gehälter dürfen aber nur im Ausmaß der Stundenreduktion gekürzt werden.“

Jenen Frauen, denen für den Wiedereinstieg nach der Babypause ein neuer Arbeitsvertrag vorgelegt wird, rät Pöcheim daher, diesen ja nicht zu unterschreiben, bevor sie ihn von einer Expertin überprüfen haben lassen. Jede Elternteilzeitvereinbarung mit dem Arbeitgeber muss außerdem schriftlich erfolgen – am einfachsten mit dem Musterformular von der AK-Homepage. „Wichtig ist, dass die Frauen rechtzeitig zu uns in die Beratung kommen. Ist der Vertrag nämlich einmal unterschrieben, gibt es kein Zurück mehr“, warnt die AK-Gleichstellungsreferentin. Zum Beratungstermin sollte auch der bisherige Arbeitsvertrag mitgebracht werden.

Ursula Jungmeier-Scholz

ZAK info

Abfertigung neu

Für alle nach dem 1.1.2003 begründeten Arbeitsverhältnisse gelten die Regelungen der Abfertigung neu. Hier läuft die Berechnung des Anspruches reibungslos. Wird keine einvernehmliche Kündigung erzielt, gibt es ebenfalls den Mutterschafts Austritt während der Karenz und die begünstigte Selbstkündigung während der Elternteilzeit. Wurde schon drei Jahre lang in die Mitarbeiter-Vorsorgekasse einbezahlt, besteht in beiden Fällen ein Anspruch auf Ausbezahlung des Betrages, ansonsten bleibt er im Topf liegen.

ZAK AUF ZACK

DAS SAGEN EXPERTEN

3 Fragen, 3 Antworten

1 Enthält Weihnachtsgeld auch Prämien und Überstunden?

2 Wie wirkt sich eine Babypause auf die Pension aus?

3 Was ist die Reifendruckkontrolle beim Neuwagen?



Dr. Wolfgang Nagelschmied
AK-Arbeitsrecht
Fälligkeit des Weihnachtsgeldes

Die Höhe einer Sonderzahlung hängt vom Kollektivvertrag ab, der für das Dienstverhältnis gilt. Meistens beträgt das Weihnachtsgeld ein Monatsgehalt oder einen Monatslohn. Es gibt aber auch Branchen, in denen weniger gezahlt wird. Regelmäßig geleistete Überstunden und Prämien müssen nur dann im Weihnachtsgeld enthalten sein, wenn dies im KV steht

oder vereinbart ist. Bei Teilzeitbeschäftigten allerdings müssen regelmäßige Mehrstunden beim Weihnachtsgeld immer berücksichtigt werden, sofern dafür nicht Zeitausgleich vereinbart ist. Das Weihnachtsgeld ist meist im November oder Dezember fällig. Wenn Sie kein ganzes Jahr in der Firma beschäftigt waren, wird das Weihnachtsgeld meist nur anteilig ausbezahlt.



Mag. Bernadette Pöcheim
AK-Frauenreferat
Erziehungszeit und Pension

Nach der Geburt eines Kindes werden der Mutter maximal 4 Jahre als Kindererziehungszeit für die Pension angerechnet. Bekommt sie innerhalb dieser 48 Monate ein weiteres Kind, so endet die Kindererziehungszeit für das ältere mit der Geburt des jüngeren. Bei Mehrlingsgeburten werden längstens fünf Jahre angerechnet. Für jeden Monat dieser Kindererziehungszeit

wird ihrem Pensionskonto aus dem Familienlastenausgleichsfonds der Beitrag für ein fiktives Gehalt gutgeschrieben. Im Jahr 2014 beträgt dieses fiktive Monatseinkommen 1.649,84 Euro. Diese Gutschrift bekommt die Frau auch, wenn sie während dieser Zeit ihre Berufstätigkeit wieder aufnimmt – zusätzlich zu den Pensionsbeiträgen aus ihrer Erwerbstätigkeit.



Mag. Thomas Wagenhofer
AK-Konsumentenschutz
Kontrollsystem für den Reifendruck

Es geht um die Gefahr, die von einem falschem Reifendruck ausgeht. Die EU hat eine Verordnung erlassen, wonach ab 1. November Neuwagen beim Kauf mit Reifendruck-Kontrollsystemen ausgestattet sein müssen. Dadurch sollen Gefahren vermindert und die Umwelt durch optimierten Treibstoffverbrauch geschont werden. Das neue System ist aber mit Zusatzkosten beim Reifen-

wechsel verbunden. Angeboten werden zwei unterschiedliche Systeme: Bei der direkten Messung wird der Luftdruck über Sensoren im Reifen gemessen. Ein Sensor kann bis zu 100 Euro kosten, was sich etwa beim Wechsel auf Winterreifen auswirkt. Bei der indirekten Methode gibt es keine exakte Messung, der Bordcomputer warnt nur, falls in einem der Reifen der Luftdruck absinkt.

ANREGUNGEN,
LOB & KRITIK

LESERFORUM



Schreiben Sie an ZAK-Redaktion
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz
E-Mail: redaktion@akstmk.at

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht oder gekürzt zu veröffentlichen.

Hilfe nach Kündigung

Ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung in Sachen Kündigung sehr herzlich bedanken. Es konnte nun, und das ist deutlich auf Ihre Unterstützung zurückzuführen, eine einvernehmliche Lösung getroffen werden.

DI St.L, Graz

anwältin zu tun zu haben. Auch emotional war es für mich hart, sich einzugestehen, nur wie ein Gegenstand benutzt worden zu sein. Ich bin so froh, dass es die Arbeiterkammer gibt.

Name und Adresse bekannt

Abo storniert

Vielen Dank für die Hilfe beim Stornieren der offenen Rechnungen bzw. Sendungen vom Verlag. Was in den Zusendungen enthalten war, übersteigt meine Vorstellung von einem Magazin. Das Blatt hat vier Seiten Inhalt mit zwei beigelegten Flugblättern.

Dank für Unterstützung

Ich möchte mich ganz herzlich für Ihre Arbeit bedanken, insbesondere bei Frau Feirer von der AK Leibnitz. Es war eine harte Zeit für mich. Vor Gericht zu gehen und mit Richter und Rechts-

Das „Magazin“ nennt sich Outlook Inside und sollte für das kostenlose Microsoft-Programm eine Bedienungshilfe bieten. Und da liegt die Falle für User, die nach Outlook Tools googeln. Anscheinend hat der Verlag eine bezahlte Werbung über ein Pop-up-Fenster gehabt, wo man sich eintragen musste. Ich habe daraus gelernt, online genau zu schauen und nirgends private Daten zu hinterlassen.

Janina K., online

Ticketpreis erstattet

Ihr Einwirken in meinem Anliegen war von Erfolg gekrönt: Ich

habe von Opodo/London die Zahlung von 184 Euro erhalten. Die haben nur wirklich alle Hebel gegen die Fluglinie in Bewegung gesetzt. Ich möchte mich recht herzlich bedanken, da ich alleine ziemlich lange und auch ineffizient geschrieben und telefoniert habe.

Andreas W., Graz

Reisereklamation

Wir sind äußerst glücklich, wenigstens 15 Prozent der Reisekosten vom Veranstalter zurück zu bekommen, weil es für uns doch ein sehr großer finanzieller Verlust war.

Vasile R., Graz

Einstein & Einfalt

Ein satirisches Doppel

VON

Berndt Heidorn



Müller: Ja, Huber, dass ich Sie hier am Bahnhof treffe! Wo soll's denn hingehen?

Huber: Öh, eigentlich bin ich mehr zum Einkaufen hier.

Müller: Zum Einkaufen? An einem Sonntag? Ja, schämen Sie sich gar nicht?

Huber: Wieso sollte ich? Sehen Sie sich die Massen an, die da in den Supermarkt strömen. Nicht einmal einen Parkplatz hab ich gekriegt!

Müller: Und dass die Handelsangestellten am Sonntag arbeiten müssen, nur weil Sie zu faul sind, unter der Woche einzukaufen, ist Ihnen wurscht?

Huber: Ehrlich gesagt, von der Warte hab ich's noch gar nicht betrachtet.

Müller: Typisch: Jeder denkt an sich.

Huber: Nur ich denk an mich.

Müller: Genau dieser Einstellung ist es zu verdanken, dass die Sonntagssperre immer mehr durchlöchert wird. Denken Sie an die Tankstellen-Shops!

Huber: Genau! Das Einzige, was dort noch stört, sind die Zapfsäulen.

Müller: Wieso?

Huber: Dadurch gibt's weniger Parkplätze.

Müller: Huber, Huber, wo soll das noch hinführen? Mit unserem Konsumverhalten haben wir's eh schon geschafft, dass es keine Greißler mehr gibt.

Huber: Was, bitte, sind Greißler?

Müller: Gehn'S Huber, tun'S nicht so, als wären'S jünger als sie aussehen. Dort, wo unsere Mütter noch eingekauft haben, als wir Kinder waren: Der Kaufmann ums Eck, der Tante-Emma-Laden, wie unsere deutschen Mitbürger sagen.

Huber: Ich höre immer „deutsche Mitbürger“. Seit wann

sind die Teutonen unsere Mitbürger?

Müller: Sagen Sie, leben Sie hinter dem Mond gleich links? In Österreich siedeln sich immer mehr Deutsche an. So ziemlich die einzigen Ausländer, gegen die der Hazel nichts hat.

Huber: Weil sie sich durch die gemeinsame Sprache besser intrigieren?

Müller: Integrieren. Das mit der gemeinsamen Sprache ist so eine Sache. Es gibt ja das Bonmot „Das Einzige, was die Österreicher und die Deutschen trennt, ist die gemeinsame Sprache“.

Huber: Sehr geistreich. Und wer hat das gesagt?

Müller: Nichts Genaues weiß man nicht, Karl Kraus war's angeblich nicht, Karl Farkas vielleicht.

Huber: Farkas! Ist das nicht der mit der Doppelkonferenz?

Müller: Doppelkonferenz heißt das, Sie Einfaltspinsel!

Huber: Und was ist da der Unterschied?

Müller: Eine Konferenz ist

eine Besprechung, eine Conference die Ansage eines Conferenciers.

Huber: Aha, jetzt bin ich so g'scheit wie vorher.

Müller: Meine Güte, Huber! Ein Conferencier ist ein Ansager im Kabarett. So etwas wie Sie, nur absichtlich halt ...

Huber: Wollen Sie damit andeuten, dass ich ein unfreiwilliger Kabarettist bin?

Müller: Was heißt andeuten? Aber wurscht, zurück zum Thema!

Huber: Und das Thema war noch einmal ...

Müller: Dass Sie hier am Sonntag einkaufen wollen. Ist Ihnen eigentlich klar, dass der Verkauf an Bahnhöfen auf Reiseproviant eingeschränkt ist?

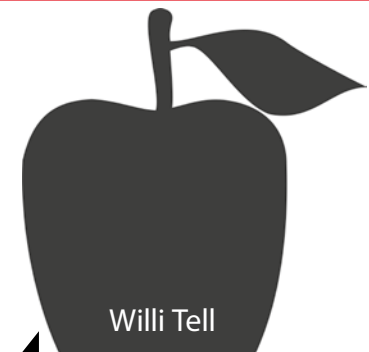
Huber: Na, dann passt's eh.

Müller: Wieso, was wollen'S denn kaufen?

Huber: Ein Kiste Bier, die wär grad im Angebot.

Müller: Und das nennen Sie Reiseproviant?

Huber: Na, sicher. Schließlich habe ich eine Durststrecke zu überwinden.



Hackl schmeißen, intrigieren, anschwärzen, hinterrücks wen schlecht machen – das ist ein alter Brauch, den man seit jeher in der Verwandtschaft, am Schulhof und bei der Arbeit erlebt. Nun heißt so etwas „Mobbing“. Wir brauchen schließlich für jeden „shit“ einen englischen Ausdruck. Mobbing ist ein ernsthaftes Problem geworden, seit seine psychosomatischen Folgen – also jene für Gemüt und Körper – deutlich benannt werden können. Sie sind arg. Die Opfer des Mobbings leiden wie die Hunde. Dass Leute

Hackl mit Herz

leiden, ist den Mächtigen seit jeher völlig powidl, es kommt ja nur auf die Rendite an. Und die Macht. Aber inzwischen begreift man, dass Mobbing auch Auswirkungen auf die Rendite hat. Also wird dagegen etwas unternommen. Firmen, Institutionen und auch Ämter bieten zu dem Thema Beratungen und Seminare an, damit die Opfer nicht in ihrer selbstzerstörerischen Schockstarre verharren, sondern an vernünftige Gegenmaßnahmen denken und um Hilfe bitten. Das ist gut. Inzwischen erfahre ich aber als einer, der den Finger am Puls der Zeit und das Ohr am Mund der Opfer hat, dass die Hacklschmeißer, Intriganten und Anschwärzer selbst solche Seminare eifrig besuchen. Damit sie ihre Technik verfeinern. Die aktuelle Methode: Um jemanden sauber fertigzumachen, muss man tun, als sei man um ihn bemüht. So, als würde man sein Bestes wollen.



stockete - Fotolia

FRISCH
GEPRESST

AUS DER AK-BIBLIOTHEK

**Bernhard Kaps:
Wege zum Wein.****Wandern und radeln im steirischen Weinland. Styria Verlag 2014. 192 Seiten.**

Auf 50 gemütlichen bis sportlichen Touren, entweder zu Fuß oder per Rad bzw. E-Bike, kommt man zu den vielfältigen Genüssen, mit denen das Land so reich gesegnet ist: Mit Unterstützung von Karten-ausschnitten und detaillierten Tourenbeschreibungen ist also für Abwechslung gesorgt, von Weinbau bis Buschenschank, von Weinfest bis Thermen-Rahmenprogramm.

**Sahra Wagenknecht
(Hrsg.): Armut und
Reichtum heute.****Eine Gegenwartsanalyse.
Verlag Das Neue Berlin 2007.
284 Seiten.**

Der Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte nimmt zu, ungesicherte Billigjobs breiten sich aus. Gleichzeitig sind die Gewinne der Konzerne so hoch wie nie zuvor, wächst die Zahl der Reichen und Superreichen. Die Autoren beweisen: Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille. Was durch Kürzungen bei Arbeitslosen eingespart wird, wirft man Unternehmen durch Steuerersenkungen in den Rachen. Eine machtvolle Gegenbewegung kann aber nur entstehen, so Wagenknecht, wenn das Wis-



sen um Alternativen in die Köpfe zurückkehrt.

**Klaus Werner-Lobo/
Hans Weiss: Schwarz-
buch Markenfirmen.****Die Welt im Griff der Konzerne. Deuticke Verlag. Aktualisierte Neuauflage 2014. 335 Seiten.**

Große Konzerne verfolgen vor allem ein Ziel: maximalen Profit. Daran hat sich seit der Erstausgabe im Jahr 2001 wenig geändert. Finanz- und Wirtschaftskrisen und die fortschreitende Globalisierung haben die Welt seither stark verändert. Die Autoren nehmen nicht nur neue Global Player (Facebook, Google, Apple) unter die Lupe, sondern auch Banken und altbekannte Klassiker (etwa Coca-Cola).

**Gerhard Fuchs:****Meine Südsteiermark.****Erzählt, gekocht & gegessen
in 12 Monaten. Pichler Verlag
2014, 288 Seiten.**

Der prominente Haubenkoch und Wahlsteirer eröffnete kürzlich mit Sommelier Christian Zach und Paradewinzer Manfred Tement sein neues Kulinarikdomizil „Die Weinbank“ in Ehrenhausen. In seinem ersten Kochbuch lädt Fuchs zu einer Reise durchs südsteirische Küchenjahr. Anhand von 200 Rezepten folgt er seinem Motto: Was gleichzeitig wächst, wird zusammen gekocht und zusammen gegessen.

ZEITENSPRUNG



In der Nacht zum 3. Dezember 1984 entweichen aus einem Lagertank der Pestizidfabrik von Union Carbide im Armutsviertel von Bhopal über 40 Tonnen eines tödlichen Gasgemischs. Für mehr als 3.000 Menschen bedeutet das Gas den sofortigen Tod, viele tausend sind in den folgenden Monaten qualvoll erstickt.

Bedingte

Der Inder Gas Miyan wurde am Unglückstag geboren. Er ist einer von 500.000 Menschen, deren Leben durch die größte Chemiekatastrophe der Welt zerstört wird. Der 30-jährige Mann kann nicht arbeiten, seine Ateminsuffizienz lässt keinerlei körperliche Anstrengung zu. Union Carbide hat seine Wahlmöglichkeiten extrem beschnitten: „Ohne diese Katastrophe wäre ich heute gesund und könnte meine Familie ernähren.“ Union Carbide war nicht immer ein Synonym für Hoffnungslosigkeit. Im Zuge der „grünen Revolution“, mit der die indische Regierung die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen wollte, baute der US-Multi in Bhopal eine Pestizidfabrik mit einer jährlichen Produktionskapazität von 5.000 Tonnen. Da der Absatz für Sevin in Indien hinter den Erwartungen zurückblieb, schrieb das Unternehmen von 1982 an rote Zahlen. Um die Verluste aufzufangen, wurden Kosten reduziert und viele qualifizierte Mitarbeiter entlassen. Das führte auch zu Sicherheitsproblemen. Zwischen 1981 und 1983 kam es zu fünf

Gaslecks; es gab einen Toten und 47 Verletzte. Aber es änderte sich nichts, bis zu dem fatalen Unfall.

Leiden auch nach 30 Jahren

In die private Sambhavna-Klinik inmitten eines Armenviertels in Bhopal kommen täglich noch zahlreiche Patienten. Viele von ihnen leiden an chronischen Atemwegserkrankungen, die 40 Tonnen hochgiftigen Methylisocyanats haben Lungen und Bronchien nachhaltig verätzt. Auf ein Gerichtsurteil gegen die verantwortlichen Mitarbeiter von Union Carbide mussten die Betroffenen allerdings so lange warten, dass viele von ihnen es gar nicht mehr miterleben konnten. Erst 2010 hat ein Gericht in dem 1987 eröffneten Verfahren erste Schuldsprüche gegen ehemals leitende Angestellte des Konzerns, der seit 2001 dem US-Chemieriesen Dow Chemicals gehört, gefällt. Die acht indischen Mitarbeiter – darunter auch der frühere Chef des indischen Tochterunternehmens von Union Carbide – wurden der „fahrlässigen Tötung“ für schuldig befunden. Das Strafmaß blieb mit



Links: Die Inderin Gazala mit ihrem Porträt als 13-jähriges Mädchen: Gazala hat beide Augen bei der Giftgaskatastrophe verloren.

Rechts: Erblindete Opfer einen Tag nach dem schrecklichen Unfall in Bhopal im Dezember 1984. (Fotos: Harish Tyagi/EPA/AFP/Picturedesk.com)



Haft für tausende Tote

zwei Jahren Haft auf Bewährung aber deutlich unter der möglichen Höchststrafe. Auch das Nachfolgeunternehmen von Union Carbide kam billig davon: Es muss umgerechnet 8.700 Euro Strafe zahlen.

ZAK info

Große Chemie-Unglücke

September 1921: Nach einer Explosion im Ammoniak-Werk der BASF bei Ludwigshafen sterben 585 Menschen.

Juli 1948: In der BASF in Ludwigshafen gerät ein Behälter mit Alkohol in Brand. Bei der Explosion sterben 200 Menschen, 3.800 werden verletzt.

Juli 1976: Bei einer Explosion in einer Tochterfirma des Schweizer Chemiekonzerns Hoffmann-La Roche entweicht hochgiftiges Dioxin. 200 Menschen der Stadt Seveso bei Mailand erleiden schwere Vergiftungen, 50.000 Tiere müssen getötet werden.

September 2001: Nach einer Explosion in einer Düngemittel-Fabrik bei Toulouse in Südfrankreich sterben 31 Menschen, 2.500 werden verletzt.

„Wie ein Verkehrsunfall!“

Für indische Bürgerrechtler ist das Urteil freilich ein „juristisches Desaster“. Die Richter hätten die größte Industriekatastrophe wie einen gewöhnlichen Verkehrsunfall behandelt. Unmut hat bei den Betroffenen aber nicht nur das milde Urteil ausgelöst. Ein großer Name fehlte auf der Anklagebank: Warren Anderson, der frühere Vorsitzende von Union Carbide, war zwar vom Gericht ursprünglich als Angeklagter geführt worden, musste dann jedoch für „flüchtig“ erklärt werden. Union Carbide betrachtet

die Gaskatastrophe als abgeschlossenes Kapitel. Im Rahmen der 1989 vereinbarten Entschädigungszahlung erhielten eine halbe Million Geschädigte und die Familien von 15.274 Toten eine Einmalzahlung in Höhe von wenigen hundert Euro. Ein Menschenleben in der Dritten Welt ist nur einen Bruchteil dessen wert, was es in den Industrieländern zählt.

Dicht besiedelter Unglücksort

Die Hauptstadt des Bundesstaates Madhya Pradesh wird „Stadt der Seen“ genannt und hat 1,8 Millionen Einwoh-

ner (Volkszählung 2011). Sie liegt am östlichen Ufer eines 361 Quadratkilometer großen künstlichen Sees.

Die abweichenden Schätzungen der Opferzahlen (3.800 bis 25.000 Tote) erklären sich aus der ungenauen Kenntnis über die Zahl der Einwohner des Elendsviertels in dieser Zeit. Es lebten damals rund 100.000 Menschen in einem Radius von einem Kilometer rund um die Unglücksfabrik. Tausende erblindeten, Unzählige erlitten Hirnschäden, Lähmungen, Lungenödeme, Herz-, Magen-, Nieren-, Leberleiden und Unfruchtbarkeit. Später kamen Fehlbildungen an Neugeborenen und Wachstumsstörungen bei Kindern hinzu.

Viele Betroffene leiden noch immer unter den Folgen der Vergiftungen. Dow Chemical weigert sich, das Industriegelände von den hochgiftigen Überresten zu befreien und so den Gifteintrag in Luft und Grundwasser zu beenden. Begründung: Die von Dow Chemical 2001 aufgekaufte Union Carbide Corporation hat ihren Anteil von 50,9 % an der Union Carbide India Ltd. bereits 1994 verkauft.

Rudolf Willgruber



Demo vor 10 Jahren gegen den jetzigen Eigentümer der Pestizidfabrik in Bhopal. (Sanjeev Gupta/EPA/picturedesk.com)



LKH Graz ist neuer Stocksport-Champion

40 Teams schwangen die Stöcke bei der Landesmeisterschaft des AK ÖGB Betriebsports. Beim Finale in Frohnleiten fand die Mannschaft des LKH Klinikums Graz das beste Rezept gegen zwei VA Tubulars Teams, die die Stockerlplätze errangen. In mehreren Vorrunden wurden 19 Teams ermittelt, die zum Showdown im Freizeitzentrum antraten. Mit dem LKH Graz gewann kein Überraschungssieger den 23. Stocksporttitel. Die Wettkämpfe zeichneten sich durch sportliche Fairness aus. Vom hohen Niveau konnte sich auch AK Präsident Josef Pessler überzeugen, der mit AK Vize Günter Steinbauer, AK Vorstandsmitglied Elisabeth Aufreiter sowie ÖGB Landesvorsitzendem Horst Schachner den Teams gratulierte. (Fotostudio 44)

„ALLES ROT“ bei Eva Rossmann

Viel Zustimmung für ihre politischen Forderungen bei den vielen weiblichen Zuhörern bekam Krimiautorin Eva Rossmann, die in den Grazer Kammersaal zu einer Lesung aus ihrem neuen Mira Valensky Krimi „ALLES ROT“ gekommen war. Anlass der Lesung war der Equal Pay Day am 10. Oktober, also der Tag im Jahreslauf, an dem Männer bereits jenes Geld verdient haben, für das Frauen noch bis Silvester arbeiten müssen. Rossmann plädierte für eine Bevorzugung von Frauen, so lange sie gegenüber Männern Nachteile haben. (Fotostudio 44)



Schefziks Fotos in AK-Galerie

„Nur keine Rätsel!“ will die Grazer Fotografin Gerlinde Schefzik den Besuchern der AK Galerie aufgeben. Ihre „Signaturen des Verborgenen“ sind bis Anfang November zu den Öffnungszeiten der Grazer AK zu besichtigen. Ilse Amenitsch (ORF) würdigte bei der Vernissage die Fotografin für ihr „feines Gespür für das Besondere auch im Banalen und die Lust am Spiel“. Die Betrachter können sich dem lustvollen Raten hingeben, was das Dargestellte „eigentlich“ sei. (AK/Selina Graf)



Sekundenjagd im Flutlicht

Bereits zum dritten Mal veranstaltete der AK ÖGB Betriebssportverband ein Kartrennen auf der Styria Karting Kartbahn in Kalsdorf. Zum ersten Mal wurde der Bewerb bei Flutlicht von 17 Uhr bis Mitternacht durchgeführt. 90 Zweier teams fuhren um den Sieg. Im Finale der besten 16 waren zwei Teams der Andritz AG die Schnellsten vor dem Duo der Bauer GmbH. (Fotostudio 44)



Energieberatung

Strom- und Gaslieferantenwechsel, Überprüfung von Abrechnungen: Experten der e-Control informierten auf Einladung des AK Energieexperten DI Hans Pressl rund 40 SteirerInnen über Energiesparmaßnahmen und Probleme mit Energieversorgern. (Fotostudio 44)



Erfolgreiche AK-Kicker

Das Kickerteam der steirischen Arbeiterkammer unter Kapitän Dr. Bernhard Koller (stehend links) ist die erfolgreichste Elf unter allen Länderkammern. Zum elften Mal wurde das seit 1998 durchgeführte Turnier gewonnen. Im Finale besiegten die Steirer die AK Niederösterreich 4:1. Erfolgreichster Torschütze war Patrick Hausegger (2. v. l. hockend) mit 13 Treffern. Im nächsten Jahr ist Linz Austragungsort des Turniers.



Dreier-Teams beim Baggern

Das Trio von NXP Semiconductors Gratkorn stand beim Beachvolleyballturnier in Frohnleiten nicht auf der Leitung und setzte sich im Finale gegen Magna Steyr durch. 18 Betriebsteams machten eine gute Figur auf Sand, im kleinen Finale bezwang das gemischte Dreierteam (mit mindestens einer Frau) der Raiffeisenbank Graz Andritz die Voestalpine Schienen GmbH. (Foto: AK Stmk)

MOFF HADERERS FEINES SCHUNDHEFTL

www.onlinemoff.at



Reservekraftwerke in Notfällen

Vor Jahren haben Stromausfälle in Europa und Nordamerika einen nachhaltigen Eindruck von der Verletzbarkeit moderner Gesellschaften geliefert. „Die Stromversorgung ist die Überlebensfrage für unsere Gesellschaft“, erklärt Herbert Saurugg von der im Vorjahr gegründeten Initiative „Plötzlich Blackout!“. Die notwendige Energiewende führe aber zu vielschichtigen Problemen. Um die Robustheit und Widerstandsfähigkeit unserer Netze zu erhöhen, müsse man möglichst vielfältige Systeme einsetzen.

Für eine nachhaltige Energieversorgung sollten weiterhin thermische Kraftwerke verfügbar sein, auch wenn man sie umweltpolitisch nicht mehr haben möchte. Um die Verwund-

Ein plötzlicher Stromausfall träge unsere Gesellschaft bis ins Mark. Daher sind zum intelligenten Energiemanagement Reservekraftwerke gegen ein „Blackout“ gefragt.



Kraftwerk Mellach: Teilschließung ist für AK der falsche Weg, weil thermische Reserven im Notfall fehlen. (Helge Sommer/APA/picturedesk)

barkeit von Großsystemen möglichst gering zu halten, empfiehlt Saurugg, im ländlichen Raum mit der Schaffung von Energiezellensystemen (Speicherung von Solarstrom aus Photovoltaikanlagen) zu beginnen.

Der Stromausfall als ein Paradebeispiel für Schadenswirkungen, die sich kaskadenförmig fortpflanzen, sollte auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft hohe Priorität haben, fordert eine deutsche Studie. „Die vom Verbund geplante Teilschließung des thermischen Kraftwerkstandortes Mellach/Werndorf II ist ein bedauerlicher Schritt“, kritisiert AK-Energieexperte DI Johann Pressl. Die Politik habe die Verantwortung, für Reservekraftwerke in Notfällen zu sorgen.

WIR SIND ÜBER
3 MILLIONEN
STIMMEN
FÜR NEUE
ENERGIEPOLITIK.

Ich bin eine/r von über 3 Millionen:

ZAK impressum

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8–14, Tel.: 05 7799 • www.akstmk.at
Redaktion: Rudolf Willgruber (Leitung), Michael Fabian, Dr. Michaela Felbinger, Mathias Grilj, Gerhard Haderer, Berndt Heidorn, Stephan Hilbert, Mag. (FH) Barbara Schön, Mag. Ursula Jungmeier-Scholz, Günther Terpotitz
Lektorat: ad literam
Produktion: Reinhold Feimuth • **Druck:** Leykam
Offenlegung gemäß Mediengesetz §25: siehe www.akstmk.at/impressum
Auflage: 359.000 Stück